

Ausschuss für Kultur und Medien
Kurz-/Wortprotokoll*
2. Sitzung, Teil 1, öffentlich

Berlin, den 14.12.2005, 15:30 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Sitzungssaal: 4.400

Vorsitz: Hans-Joachim Otto, MdB

TAGESORDNUNG:

Vor Eintritt in die Tagesordnung S. 4

Tagesordnungspunkt 1a S. 4

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Entwurf eines Gesetzes zur Beschränkung der Verlustverrechnung im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen

BT-Drucksache 16/107

Tagesordnungspunkt 1b S. 4

Antrag der Abgeordneten Oskar Lafontaine, Dr. Barbara Höll, Dr. Axel Troost und der Fraktion DIE LINKE.

Hedgefondszulassung zurücknehmen

BT-Drucksache 16/113

Tagesordnungspunkt 2 S. 4

Unterrichtung durch den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann, über die Grundlinien der zukünftigen Kultur- und Medienpolitik

Tagesordnungspunkt 5 S. 4

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Statistik zur Informationsgesellschaft
(Informationsgesellschaftsstatistikgesetz - InfoGesStatG)

BT-Drucksache 16/40

* Tagesordnungspunkt 2: redaktionell überarbeitete Bandabschrift

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Ausschusses

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses

Stellv. Mitglieder des Ausschusses

CDU/CSU

Börnsen, Wolfgang
Grindel, Reinhard
Grütters, Monika
Krings, Günter, Dr.
Krummacher, Johann-Henrich
Mantel, Dorothee
Wanderwitz, Marco

Albach, Peter
Blank, Renate
Connemann, Gitta
Michalk, Maria
Mißfelder, Philipp
Pawelski, Rita

SPD

Ehrmann, Siegmund
Griefahn, Monika
Krüger-Leißner, Angelika
Pries, Christoph
Reiche, Steffen
Tauss, Jörg

Meckel, Markus
Thierse, Wolfgang

FDP

Otto, Hans-Joachim
Waitz, Christoph

B90/GRUENE

Bettin, Grietje
Göring-Eckardt, Katrin

Eid, Uschi, Dr.

DIE LINKE.

Bisky, Lothar, Dr.
Jochimsen, Lukrezia, Dr.

Bundesregierung

Rauer
Schilling
Schauz
Conrad
Schindler
Hock
Bartmann
Wemmel
Hanten
Broehl
Tettenborn
Gorecki
Bias-Engels
Frieler

AA
AA
BKM
BKM
BMVBS
AA
BKM
BKM
BKM
BMWA
BMWA
BKM
BKM
AA

Bundesrat

Engelke
Hockling
Suermann

LV Bayern
LV Baden-Württemberg
LV Hessen

Kassmann
Dietzen
Forst
Vössing

LV Nordrhein-Westfalen
LV Thüringen
LV Sachsen-Anhalt
LV Berlin

Fraktionen und Gruppen

Hussain
Drechsler
Lintzel
Mühlberg
Friebel
Kollbeck
Becker-Schwering
Olschewski
Gehrke
Deja
Frucht

DIE LINKE.
SPD
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
DIE LINKE.
SPD
SPD
FDP
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
CDU/CSU
SPD
CDU/CSU

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der **Vorsitzende** begrüßt Mitglieder und Gäste zur Sitzung. Besonders herzlich begrüßt er Staatsminister Bernd Neumann (BKM), verbunden mit der Hoffnung, dass er dem Ausschuss auch in Zukunft möglichst oft mit Rat und Tat sowie für Rückfragen zur Verfügung stehen werde.

Zum Ablauf der Sitzung erläutert der Vorsitzende die Vorschläge der Obleute, wonach Tagesordnungspunkt 5 ohne Aussprache aufgerufen und vorgezogen werden soll, weil die Voten angefordert seien. Daran anschließen solle sich Tagesordnungspunkt 2 mit Aussprache. Wenn der Ausschuss einverstanden sei, werde Tagesordnungspunkt 2 in Verbindung mit den Tagesordnungspunkten 1a und 1b aufgerufen.

Zu diesem Verfahren erhebt sich kein Widerspruch.

Tagesordnungspunkt 5

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Statistik zur Informationsgesellschaft
(Informationsgesellschaftsstatistikgesetz - InfoGesStatG)

BT-Drucksache 16/40

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE, dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Ausschussdrucksache 16(22)008 zuzustimmen.

Der Ausschuss empfiehlt sodann einstimmig, dem Gesetzentwurf der Bundesregierung auf BT-Drucksache 16/40 in geänderter Fassung zuzustimmen.

Tagesordnungspunkt 1a

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Entwurf eines Gesetzes zur Beschränkung der Verlustverrechnung im Zusammenhang mit
Steuerstundungsmodellen

BT-Drucksache 16/107

Tagesordnungspunkt 1b

Antrag der Abgeordneten Oskar Lafontaine, Dr. Barbara Höll, Dr. Axel Troost und der Fraktion DIE LINKE.

Hedgefondszulassung zurücknehmen

BT-Drucksache 16/113

Tagesordnungspunkt 2

Unterrichtung durch den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann, über die Grundlinien der zukünftigen Kultur- und Medienpolitik

Vorsitzender: Wir freuen uns sehr, dass wir Bernd Neumann in seiner neuen Funktion hier unter uns haben. Ich möchte gar nicht lange einleiten, ich möchte nur sagen, diejenigen, die wie ich seit vielen Jahren diesem Ausschuss angehören, haben sich außerordentlich gefreut, dass die Wahl auf Bernd Neumann gefallen ist, weil er einer von uns ist, einer aus diesem Ausschuss. Letztlich ist es ein Kompliment für den gesamten Ausschuss, dass einer von uns Staatsminister geworden ist. Die gute Zusammenarbeit, die wir in den vergangenen zwei Legislaturperioden in diesem Ausschuss hatten, und bei der wir in den Grundfragen über alle Fraktionsgrenzen hinweg Übereinstimmung erzielt haben, ist, glaube ich, eine gute Voraussetzung für die Arbeit auch in der neuen Legislaturperiode. Ich glaube, ich kann im Namen aller Fraktionen sprechen, dass wir konstruktiv und offen an die Arbeit des neuen Staatsministers herangehen, dass wir die Arbeit konstruktiv begleiten wollen, und in diesem Sinne freuen wir uns auf das Statement von Bernd Neumann zur Arbeit der Bundesregierung im Bereich der Kultur- und der Medienpolitik in der angelaufenen Legislaturperiode. Bernd, ich darf dir das Wort erteilen.

Staatsminister Bernd Neumann (BKM): Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich fühle mich hier im Raum und in Ihrem Kreise richtig wohl und zu Hause, weil viele von Ihnen gemeinsam mit mir hier über viele Jahre zusammengearbeitet haben. Und wir haben, das darf ich für die zurückliegenden Legislaturperioden sagen, selbst wenn es hin und wieder Konflikte gab, für die Kultur an einem Strang gezogen. Wir müssen also - das sage ich meinen Freundinnen und Freunden von den Sozialdemokraten - die große Koalition gar nicht richtig einüben. Wir hatten sie sogar - wenn ich in Ihre Richtung schaue, Frau Bettin, oder in die Richtung der FDP - darüber hinaus. Wir hatten in den meisten Fällen eine All-Parteien-Koalition für die Belange der Kultur, eine Koalition also, die noch über die Jamaika-Koalition hinausgeht. Ich habe vor, Sie möglichst alle in wichtigen Fragen nicht nur permanent einzubeziehen, sondern für unser gemeinsames Anliegen zu gewinnen.

Gerade auch im Hinblick auf die Sparzwänge, die auch hier im Bundeshaushalt drohen, ist es eine schöne Herausforderung, gemeinsam dafür zu streiten, was als Satz eins in der Koalitionsvereinbarung steht: dass Kultur eben nicht eine klassische Subvention ist, sondern eine Investition in die Zukunft. Das darf nicht nur eine wichtige Aussage bleiben, sondern muss umgesetzt werden. Deswegen habe ich mir vorgenommen - man muss ja immer vorsichtig sein mit dem, was man sich vornimmt, weil man am Ende daran gemessen wird -, dass wir bei den anstehenden Haushaltsberatungen diese Messlatte zugrunde legen und dafür plädieren, dass in Anbetracht des ohnehin sehr übersichtlichen, im Verhältnis zu anderen Ressorts kleinen Haushalts, dieser Haushalt möglichst ungeschoren bleibt. Das wäre ein wichtiges Signal, und ich würde mich freuen, wenn ich bei diesem Kampf innerhalb der Bundesregierung Ihre Unterstützung finden könnte.

Ich möchte etwas zweites Generelles sagen. Ich bin ja, obwohl als Staatsminister betitelt, nach wie vor Parlamentarier. Und ich fühle mich auch als solcher. Ich habe das schon in meiner eigenen Arbeitsgruppe gesagt, ich war einmal acht Jahre, noch zu Zeiten von Bundeskanzler Kohl, parlamentarischer Staatssekretär in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie. Am Ende dieser Zeit damals ist mir gesagt worden, wir haben dich immer mehr als Parlamentarier denn als Regierungsmitglied gesehen, als einen, der zu uns gehört und in der Regierung versucht, unsere Anliegen

umzusetzen. So sehe ich mich, und wenn es mir gelingt, dass Sie am Ende der Amtszeit zu einem ähnlichen Testat kommen, wäre ich froh. Im Übrigen sehe ich diesen Bereich, den ich verantworte, dieses kleine Ministerium auch als Servicebereich für Abgeordnete. Wir haben Ihnen nicht sozusagen Direktiven zu geben, sondern wir sind jederzeit bereit, und zwar unabhängig von der Couleur und auch unabhängig davon, wer jetzt gerade die Regierung trägt, Auskunft zu geben, Ihnen zu helfen, wenn Sie es wünschen, um Sie in den Stand zu versetzen, mit Qualität bei Ihren kulturpolitischen Aktivitäten zu tun, was bei weniger guter Vorbereitung nicht optimal erledigt werden könnte. Mein Angebot ist, dass unser Haus Ihnen jederzeit behilflich ist, wenn es einen Wunsch gibt, in der Sache zu helfen.

So viel als Antwort zu der freundlichen Einleitung, lieber Herr Vorsitzender. Und nun zu Kultur und Medien selbst. Ich bin ja nicht nur Kulturstatsminister, sondern Staatsminister für Kultur und Medien. Ich meine Letzteres ganz ernst, unabhängig von den Kompetenzen. Vielleicht sollte ich auch etwas zu meinen Kompetenzen sagen. Der Kollege Otto hat sich ja schon vorher bemerkbar gemacht, in welcher Eigenschaft weiß ich nicht so ganz, aber er hat sich bemerkbar gemacht im Hinblick auf die Frage: Ist der nun in seinen Funktionen kastriert, beschnitten durch irgendwelche Vereinbarungen in der Föderalismusfrage? Überhaupt wurde die Frage gestellt, wie ist das mit der Kompetenz des Bundes, des Kulturstatsministers, im Hinblick auf die Länder. Meine Antwort lautet wie folgt: Es ist ja gar nicht zu verkennen, das werden auch die neuen Mitglieder im Kulturausschuss merken, dass wir sehr verflochten sind, dass es Bereiche gibt, von denen wir meinen, dafür sind wir eigentlich originär zuständig, die aber dann in einem anderen Ressort ressortieren. Es ist doch unbestreitbar, dass wir etwas mit dem Urheberrecht zu tun haben, trotzdem liegt das Thema bei der Justiz. Ich könnte die Reihe der Beispiele fortsetzen.

Ungeachtet von Kompetenzen, nehme ich mir das Recht heraus, und das haben wir als Kulturausschuss auch immer getan, mich dort einzumischen, wo es um Kultur und Medien geht, unabhängig von der Kompetenz. Das beziehe ich auch auf die Länder. Man kann ja gar nicht bestreiten, dass die Länder in wichtigen Bereichen eine klassische Kulturkompetenz haben. Auch die Kommunen tun ja ungeheuer viel. Was wären wir ohne die Beiträge der Länder und Kommunen für die Kultur? Wir allein vom Bund könnten diesen Sektor gar nicht gestalten. Das heißt, wir sind auf Länder und Kommunen angewiesen, und ich werde mir Mühe geben, hier zu einem konsensualen Verhalten zu kommen. Ich möchte mit denen die Probleme gemeinsam lösen. Aber das schließt nicht aus, dass, wenn es um Kultur geht, Sie, der Kulturausschuss, aber auch ich als deren Vertreter in der Regierung, aufgerufen sind, sich einzumischen, ihre Meinung zu sagen, viele Dinge zu begleiten. Diese Einstellung, finde ich, muss akzeptiert werden, und sie wird akzeptiert werden. Natürlich müssen wir in den Bereichen, in denen wir keine Kompetenzen haben, die Einigung mit den anderen suchen. Das gilt für Europa, das gilt aber auch für die Länder.

Was meinen unmittelbaren Bereich angeht, bedanke ich mich, Herr Vorsitzender, für die Fürsorge, dass mein Spielraum eingeengt worden sein könnte. Ich könnte dazu eine Menge sagen, bezogen auf das, was in dem Papier zur Reform des Föderalismus steht. Die meisten haben ja diese Föderalismusreform betrieben. Wir wollen die Kompetenzen anders und besser zuordnen, das ist ja der Ansatz,

das haben wir doch, mindestens die großen Parteien, gemeinsam gewollt. Man kann aber nicht generell sagen, wir wollen etwas entflechten, um dann am Ende zu sagen, das ist ja unerhört, wenn in bestimmten Bereichen Verantwortung anders verteilt ist. Das ist erst einmal meine grundsätzliche Bemerkung.

Was den kulturellen Bereich angeht, gibt es einen einzigen Passus in dem Föderalismuspapier. In den Fällen, das betrifft jetzt die EU, in denen die Länder schwerpunktmäßig eine ausschließliche Gesetzgebungskompetenz haben, sind sie, ich drücke das jetzt salopp aus, in Brüssel Verhandlungsführer. Sie sind Verhandlungsführer, haben sich aber in jedem Fall mit dem Bund abzusprechen. Also, ohne den Bund geht es auch in all diesen Fragen nicht. Mit ist gesagt worden, Delegationsleiter seien wir immer. Aber ich will Ihnen Folgendes sagen: Darauf kommt es gar nicht an! Wichtig ist, dass man abgestimmt vorgeht. Ich werde die Termine, insbesondere im Fernsbereich, in Brüssel immer wahrnehmen. Wenn eine Abstimmung erfolgt, gibt es Bereiche, bei denen Herr Goppel neben mir sitzt, der dann mitteilen darf, was wir vorher gemeinsam erarbeitet haben. Umgekehrt wäre es dasselbe. Meine Damen und Herren, damit habe ich kein Problem.

Ich habe mich mehrfach erkundigt und gefragt, würde sich denn durch diese Formulierung, wie sie im Föderalismuspapier steht, konkret etwas ändern, und da ist mir von allen Mitarbeitern gesagt worden, es ändert sich de facto gar nichts. Auch vorher sei es schon so gewesen - nehmen wir als Beispiel einmal die EU-Fernsehrichtlinie, die, wenn es konkret wird, eher in die Kompetenz der Länder fällt -, dass man gemeinsam gearbeitet hat, in dem Fall der Ländervertreter als Wortführer in Brüssel aufgetreten ist, es aber im Grunde keine ernsthaften, keine direkten Probleme gab. Probleme entstehen eher im Vorfeld, die müssen wir dann unter uns im Vorfeld lösen, aber in Europa hat es sie nicht gegeben. Deshalb kann man diese Rolle auch mit Selbstbewusstsein und Courage so wahrnehmen, in dem Fall im Interesse des Bundes.

Konkret zu unserer Arbeit. Nun habe ich das nicht so verstanden, als sollte ich hier, Herr Vorsitzender, die gesamte Bandbreite darstellen, die wir im Koalitionsvertrag formuliert haben, und schon gar nicht ausführen, wie der neue Staatsminister die Entwicklung von Kultur und Medien in der Gesellschaft bis ins Jahr 2020 sieht. Ich möchte Ihnen auch nicht den gesamten Koalitionsvertrag vortragen. Ich finde, der ist uns sehr gut gelungen. Nichts gegen die Vorgängerregierung, aber so umfangreich war er nicht. Das sagt noch nichts über die Qualität, aber immerhin, wir haben uns Mühe gegeben. Und die beiden Parteien, die da verhandelt haben, haben, was ihnen wichtig war, bis auf einen Punkt - aber da könnt ihr initiativ werden - im Wesentlichen durchgesetzt. Sie können davon ausgehen, dass die erste Aufgabe von mir, von uns und den Mitarbeitern sein wird, diesen Koalitionsvertrag und das, was darin enthalten ist, Zug um Zug umzusetzen. Und da er sehr umfangreich ist, referiere ich ihn nicht. Ich möchte Ihnen, erstens, die Punkte nennen, die wir unmittelbar in den nächsten 100 Tagen in Angriff nehmen wollen, weil diese Dinge dann unmittelbar auf Sie zukommen. Ich möchte, zweitens, ein paar Bemerkungen zu aktuellen Themen machen, die einfach in der Diskussion sind, und drittens stichwortartig im Ausblick sagen, was natürlich auch auf der Agenda steht. Wir mussten als Teil der Regierung Vorschläge machen für die ersten 100 Tage. Man überlegt für das 100-Tage-Programm,

was a) aufgrund der Koalitionsvereinbarung zeitlich festgelegt ist, und b), was sich jetzt konkret anbietet.

Das sind im Grunde drei Punkte. Der erste Punkt bezieht sich auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den deutschen Film. Herr Bisky, ich schaue Sie an, da Sie in dem Bereich sehr engagiert sind. Ich habe mich bei den Freunden aus anderen Kulturszenen verdächtig gemacht, ich würde mich im Wesentlichen für Film interessieren. Das eine schließt das andere nicht aus. Ich habe im deutschen Film sehr viel Herzblut, aber selbstverständlich gilt jetzt mein Augenmerk auch den anderen Bereichen. Dennoch, der Film ist in den letzten Jahren in diesem Ausschuss immer ein Thema gewesen. Dies gilt unabhängig von dem Beschluss, den der Deutsche Bundestag am Donnerstag zu diesen Steuerabschreibungsmodellen fasst. Wir haben immer gesagt, die Rahmenbedingungen für den deutschen Film im Hinblick auf die Mobilisierung privaten Kapitals in Deutschland und in deutsche Produktionen sind unzureichend. Was heißt unzureichend? Wir hatten im Grunde kein Instrument im Gegensatz zu allen anderen europäischen Ländern, fast allen Filmländern. Schon am Ende der letzten Wahlperiode wurde dann die Abschaffung dieser Medienfonds und Windkraftfonds und ähnlicher Modelle geplant. Im Ansatz war das gerechtfertigt, weil, ich sage das einmal so salopp, Leute, die in einem Bereich viel Geld verdienen, am Ende keine Steuern mehr zahlten, weil sie die verrechnen konnten mit dem Verlust in einem ganz anderen Bereich. Deswegen glaube ich, dass diese Entscheidung im Prinzip richtig ist, dass sie gerecht ist und dass sie dazu führt, dass der Staat auch deutlich in Milliardenhöhe mehr Steuereinnahmen hat. Was aber zu lösen war, war die Frage des Films. Es ist nicht so, dass der deutsche Film von den Fonds gar nicht profitierte. Man kann sagen, in einer Größenordnung von ca. 100 Mio. € und ein bisschen mehr wurden auch aufgrund dieser Fonds deutsche Filme finanziert. Millionen-Filme wie „Luther“ wären sonst gar nicht zustande gekommen. Aber das meiste Geld ging in Hollywood-Produktionen, und das war unbefriedigend. Umso wichtiger ist es jetzt, wenn nun am Donnerstag diese Verlustverrechnungsmöglichkeiten beseitigt werden, an die Stelle etwas anderes zu setzen. Das entspricht dem, was wir hier immer gewollt haben. Ich zitiere jetzt nicht, was in der Koalitionsvereinbarung steht. Wir haben intern erste Arbeitsschritte eingeleitet im Hinblick auf die Fragestellung: Welche Modelle gibt es, die dieses Ziel erfüllen können?

Hier im Ausschuss haben wir nach einer Anhörung der Filmwirtschaft, die zwar ziemlich zerstritten war bzw. keine einheilige Meinung hatte, ein Sale-and-lease-back-System favorisiert. Wir haben uns vorgenommen, die verschiedenen Modelle nebeneinander zu stellen, sie zu prüfen, auch festzustellen, wie sie in die deutsche Steuersystematik passen, um dann bis zum 1. Juli zu sagen, so sieht es aus. Ich schlage vor, dass ich Sie regelmäßig informiere. In der Ausformulierung ist die Materie wirklich höchst schwierig. Wir haben uns vorgenommen, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die ich zu Anfang selbst leiten werde, damit die Arbeit in Gang kommt. Dann aber müssen Steuerfachleute und andere Fachleute ran, die am Ende etwas vorlegen, zu dem der BMF sagt: Schön finden wir es nicht, aber wir machen es. Das ist so ungefähr die Lage. Insofern habe ich die große Bitte: Begleiten Sie diesen Prozess, bitte, denn hier gibt es mit Sicherheit zu erwartenden Widerstand in dem einen Ministerium, mit dem wir alle dauernd zu tun haben, den ich auch nachvollziehen kann, den ich aber nicht teile. Deswegen wäre ich dankbar, wenn Sie das Thema mit unterstützen, auch in Ihren Fraktionen, dass dieser Weg gegangen werden muss.

Der zweite Punkt ist die Veränderung des Medienerlasses von 2001. Koproduktionen müssen wieder möglich sein oder dürfen nicht mehr erschwert werden. Hier geht es um die doppelte Betriebsstättenproblematik, diejenigen Kollegen, die sich damit beschäftigt haben, kennen das Thema. Ich habe mir vorgenommen, das voranzutreiben. Wie gesagt, bei dem ersten Punkt, Nachfolgefonds, gibt es ja auch eine gesetzte Frist, die erfreulicherweise nicht im Kulturbereich des Koalitionsvertrages steht, sondern im Finanzteil. Das haben die Financer da hineingeschrieben, und ich fände es gut, wenn sie sich daran halten.

Dann gibt es einen weiteren Punkt, den wir auch umsetzen wollen. An dieser Stelle sind wir schon die Letzten. Es geht um das UNESCO-Übereinkommen über Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der rechtswidrigen Einfuhr. Ich setze bei den meisten von Ihnen den Hintergrund als bekannt voraus. Ziel des Gesetzentwurfs sind klare Regelungen, welche Gegenstände unter welchen Voraussetzungen an Herkunftsstaaten, die Vertragsstaaten sind, zurückzugeben sind. Ebenso geht es darum, die Einfuhr von Kulturgut, das aus anderen Vertragsstaaten illegal exportiert wurde, zu verhindern, den innerdeutschen Handel mit solchen Objekten zu unterbinden und ihre Identifizierung zu ermöglichen. Zu diesem Thema gibt es immer wieder aktuelle Schlagzeilen. Diese UNESCO-Konvention haben zwischenzeitlich 109 Staaten ratifiziert, und es wird höchste Zeit, dass die Bundesrepublik Deutschland mit diesem Gesetzentwurf den Anschluss an den allgemeinen internationalen Kulturstandard des Kulturgüterschutzes gewinnt. Das ist der zweite Punkt für die erste Etappe.

Der dritte Punkt betrifft das Thema Fusion Kulturstiftung der Länder und Kulturstiftung des Bundes. Wir haben uns dieses Ziel in der Koalitionsvereinbarung gesetzt. Aber die Fusion war auch schon Ziel der letzten Regierung und ihrer Vorgängerinnen. Ursprünglich, das war noch zu Zeiten von Helmut Kohl und noch ein Stück davor, gab es einmal die Zielsetzung und den Begriff „Deutsche Nationalstiftung“, da sollte etwas als ein Ganzes konstruiert werden. Wie gesagt, das ist leider gescheitert vor zwei Jahren zum Schluss. Wir haben das sehr bedauert. Gott sei Dank haben wir das Thema jetzt in der Koalitionsvereinbarung, und zumindest das Land, das zum Schluss nein gesagt hatte, ist erfreulicherweise bereit, an dem Ziel mitzuwirken. Das ist schon etwas. Ich habe deshalb gesagt, entweder schaffen wir das im nächsten halben Jahr, oder wir schaffen es gar nicht. Deswegen war ich dafür, die Fusion in das 100-Tage-Programm hineinzuschreiben, um inhaltlich deutlich zu machen, da kann keiner den anderen über den Tisch ziehen. So sind womöglich auch Befürchtungen auf der Seite der Vertreter der zeitgenössischen Kunst zu minimieren, dass bei der Mitwirkung der Länder zeitgenössische Kunst, die wir bei der Kulturstiftung des Bundes besonders im Auge haben, verliert. Das kommt überhaupt nicht in Frage. Beiden Gesichtspunkten muss Rechnung getragen werden, und ich glaube, dass man das bei gutem Willen auch hinbekommt. Hier gibt es sicherlich auch Synergieeffekte im Hinblick auf die Verwaltungsinfrastruktur. Ich kann mir vorstellen, dass am Ende ohne Kürzung der Summen, im Gegenteil, noch mehr für die eigentliche Kultur herauskommt, als wenn man diese beiden Stiftungen nebeneinander bestehen lässt, wobei sich der Bund ohnehin in Anbetracht der aktuellen Lage Ende dieses Jahres aus der Kulturstiftung der Länder, an der er ja doch finanziell beträchtlich mitgewirkt hat, herauszieht. Das heißt, so oder so ist Handeln geboten. Das sind die drei Punkte, die wir uns vorgenommen haben, jetzt in der nächsten Zeit anzugehen, was nicht bedeutet, dass das Denken in den anderen Bereichen eingestellt wird, oder noch nicht begonnen wird.

Der zweite Komplex, den ich ansprechen will, betrifft die politisch aktuellen Projekte. Ich fange mit dem Thema an, das fast jeden zweiten Tag in irgendeiner Zeitung behandelt wird: die Aufarbeitung der Frage Flucht und Vertreibung. Auch hier hat die Koalitionsvereinbarung aus meiner Sicht eine Grundlage gelegt, auf der ich mich in der Lage sehe mit Hilfe auch Ihrer Unterstützung, zu einem Ergebnis zu kommen, dass wir hier in Berlin, so ist es dort formuliert, sichtbar, ansehbar ein sichtbares Zeichen setzen, wie es dort heißt, indem wir die Thematik Flucht und Vertreibung, und ich füge hinzu, nachdem ich die ausgezeichnete Ausstellung im Haus der Geschichte in Bonn gesehen habe, einschließlich der Integration aufarbeiten. Darüber hinaus geht es darum, sich nicht nur auf Flucht und Vertreibung von Deutschen zu konzentrieren, sondern die Thematik unter Einbindung der anderen europäischen Länder zu behandeln und am Ende zu dokumentieren. Dass dieses Ziel, auch im Hinblick auf Generationen, die das gar nicht mehr miterlebt haben, sich dieser Thematik zu widmen, eine wichtige Aufgabe sein kann, zeigt, ich kann Ihnen das sehr empfehlen, die sehr gelungene Ausstellung, die jetzt unter Leitung von Dr. Schäfer im Haus der Geschichte etabliert worden ist, eine Ausstellung, an der im Übrigen ausländische osteuropäische Wissenschaftler, insbesondere Vertreter Polens, mitgewirkt haben. Diese Ausstellung soll ja nach Berlin kommen und dann nach Leipzig gehen. Es wird auch darüber diskutiert, ob man die Ausstellung in Polen zeigt. Ich finde, das ist eine hervorragende Grundlage. Wir haben gesagt, wir wollen diese Frage lösen in Verbindung mit dem schon initiierten Europäischen Netzwerk, das diese Thematik ebenfalls angeht und bei dem der Bundespräsident und der polnische Präsident sozusagen Pate gestanden haben. Wenn wir dies miteinander verbinden, glaube ich, dass wir ein Ergebnis haben werden, mit dem möglicherweise nicht alle zufrieden sein werden. Diejenigen, die Initiatoren dieses Themas sind, haben möglicherweise diese oder jene andere Vorstellung. Aber wenn wir dieses Thema fair und vernünftig mit unseren europäischen Partnern gestalten, haben wir das Ziel erreicht. Nicht nur, weil es im Koalitionsvertrag steht, sondern weil es an sich vernünftig ist, wenn wir es so machen. Beim ersten Besuch der Bundeskanzlerin in Polen ist hinsichtlich dieses Themas vereinbart worden, dass sich alsbald die beiden für Kultur verantwortlichen Minister treffen. Ich habe vor, dies alsbald zu tun, um einfach über das Gespräch in einem konsensualen Verfahren zu einem Ergebnis zu kommen, und ich lade Sie ein, ohne Scheuklappen irgendwelcher Art daran mitzuwirken. Was die Koalition anbetrifft, habe ich daran keinen Zweifel, denn wir haben das Ziel in dem Vertrag formuliert, aber wenn ich hier in die Runde sehe, glaube ich, dass auch hier eine Lösung möglich ist.

Sie haben nachher auf der Tagesordnung das Thema Abriss Palast der Republik, deswegen will ich es hier kurz machen. Ich will nur sagen, dass sich die Bundesregierung selbstverständlich an mit großer Mehrheit gefasste Beschlüsse des Deutschen Bundestages hält, insbesondere dann, wenn sie uns besonders logisch erscheinen. Das war jetzt nur scherzhaft hinzugefügt. Wir halten uns natürlich grundsätzlich daran oder überzeugen Sie vom Gegenteil, was ja manchmal auch geht. Das Projekt wird zügig vorangetrieben. Der Hintergrund, das will ich hier noch einmal politisch einfügen, ist ja der, dass es nicht um den einfachen Abriss geht, nur damit man da eine Freifläche bekommt, und das war's dann. Sondern der Hintergrund ist, so hatte ich den Beschluss des Deutschen Bundestages verstanden, das Ziel anzustreben, auf diesem gesamten Areal über eine Machbarkeitsstudie zu einer Bebauung zu kommen, die der besonderen historischen Mitte von Berlin Rechnung trägt und die an das kulturelle Erbe erinnert, indem Bauteile, die der Fassade des ehemaligen Schlosses im Original

vergleichbar sind, eingebunden werden. Mir ist klar, dass das ein langfristiger Prozess ist. Mir ist auch klar, dass auf der Grundlage dieser Machbarkeitsstudie noch eine Reihe von Fragen zu beantworten ist. Das müssen wir gemeinsam tun. Aber wir werden, so lange insbesondere der Bundestag an seinem Beschluss festhält, und ich sehe, dass dies so ist, diesen Beschluss mit dieser Zielsetzung umsetzen.

Ich werde mich sehr der Diskussion über die neuesten Beschlüsse zur EU-Fernsehrichtlinie annehmen, dazu gibt es ja einen Entwurf. Hierzu ist auch in der Koalitionsvereinbarung etwas gesagt. Das ist so ein Fall, im dem am Ende konkret der Ländervertreter der Verhandlungsführer ist. Das ist gar nicht zu bestreiten, das war auch früher schon so. Die Fernsehrichtlinie ist natürlich ein ganz wichtiger Punkt, der die medienpolitische Grundordnung und Grundauffassung der gesamten Republik angeht, und deswegen bin ich sehr daran interessiert, dass Sie, Herr Vorsitzender, dieses Thema alsbald auf die Tagesordnung setzen, allein auch, um dem Wunsch, den wir immer hatten, rechtzeitig informiert zu sein und mitwirken zu können, Rechnung zu tragen und darüber hinaus auch uns, der Bundesregierung, Anhaltspunkte zu geben, in welchen Positionen wir aus Ihrer Sicht wie verhandeln sollten.

Der vorletzte Punkt betrifft, was die aktuellen Dinge angeht, die alsbald diskutiert werden müssen, die Frage des Urheberrechts. Hier gehe ich davon aus, dass das BMJ, weil der alte Entwurf der Diskontinuität verfallen ist, alsbald einen neuen Entwurf einbringt. Da war die Diskussion schon sehr weit fortgeschritten und ich finde, selbst wenn wir nicht federführend sind, in diese Diskussion - hier geht es um den Schutz des geistigen Eigentums - müssen wir uns einschalten und werden wir uns auch einschalten. Ich gehe davon aus, dass der Entwurf nicht mehr lange auf sich warten lässt. Ich weise darauf hin, dass es seit dem 12.12.2005 einen anderen Gesetzentwurf gibt, der unter dem Titel Rechtsdurchsetzung im geistigen Eigentum firmiert. Er sieht einen Auskunftsanspruch gegen Dritte vor. Wir haben ihn heute erst in unser Haus bekommen, Herr Kollege Krings, Sie haben ja im Rechtsausschuss immer dafür gefochten. Das ist im Hinblick auf das, was uns auch hier im Ausschuss vorschwebte, ein wichtiger Fortschritt, aber wie gesagt, der Entwurf ist taufersch.

Ich wollte einen letzten Punkt ansprechen. Wir haben vor, Frau Birthler erneut für die Leitung der Stasiunterlagen-Behörde vorzuschlagen. Das Parlament muss dies, wie Sie wissen, beschließen. Technisch ist es so, dass die Bundesregierung einen Vorschlag macht. Wir werden ihn einbringen und ich hoffe, dass wir, bezogen auf das Parlament, das dann am Ende wählen muss, einen Vorschlag machen, den Sie alle tragen können.

Zum Schluss möchte ich Ihnen nur noch vier Punkte stichwortartig nennen, die einen herausgehobenen Stellenwert in unserer Arbeit haben. Der erste betrifft Berlin. Ich will das an dieser Stelle sagen, in den Ländern wird das nicht immer gern gehört, aber es ist unverkennbar, dass wir in Berlin eine besondere Verantwortung haben, nicht nur, weil wir hier mehr als jährlich 400, 420, 430 Mio. € ausgeben und damit mehr für die Kultur in Berlin ausgeben als das Land Berlin selbst. Das ist jetzt keine Kritik. Auch für dieses Engagement gibt es eine Grundlage, die ich für völlig richtig halte. In Berlin geht es in konzentrierter Form historisch bedingt um die gesamtstaatliche Repräsentation. Es ist die besondere Aufgabe des Bundes, hier seine Verantwortung wahrzunehmen. Wir haben mit den 17 Museen mit

dem Kern Museumsinsel hier einen Schatz eines musealen Angebots, der in Europa seinesgleichen sucht. Es gibt darüber hinaus eine Reihe von Notwendigkeiten für den Bund, sich zu engagieren und deswegen - sage ich aus Überzeugung - ist es richtig, was im Koalitionsvertrag steht, dass der Bund eine besondere Verantwortung für Berlin hat. Ich füge hinzu, gesamtstaatliche Repräsentation findet natürlich nicht nur in Berlin statt, aber sie findet insbesondere in Berlin statt.

Dass, lieber Herr Kollege Otto, man in diesem ganzen Förderbereich zwischen Bund, Ländern und Berlin hin und wieder verwirrt die Frage stellt, warum machen die gerade das und die anderen nicht und umgekehrt, das ist richtig. Sie haben sich dazu geäußert. Man muss versuchen, das immer ein Stück zu systematisieren. Nur, vor einem darf ich warnen, insbesondere auch die, die sich in der Föderalismusreform engagieren: dass man die völlige Entflechtung der Finanzierung bei der Kultur schafft. Wer das ernsthaft will, und das sind einige, und wer dies ernsthaft vertritt, muss wissen, dass er damit der Kultur den Dolch in den Rücken stößt. Wir sind darauf angewiesen, so sehr man darüber reden muss, bezogen auf grundsätzliche Verantwortung zwischen Bund und Ländern zu trennen, in den verschiedensten Bereichen zwischen Bund, Ländern und teilweise auch Kommunen zusammenzuarbeiten. Hier eine in der Logik bessere Zuordnung zu haben, ist sinnvoll. Dies ist gar nicht zu bestreiten. Das betrifft Berlin und den Bund und andere. Wir werden versuchen, dort ein Stück weiterzukommen. Aber das ist sehr schwer.

Zur Gedenkstättenförderung möchte ich jetzt aus Zeitgründen nichts sagen. Nicht vergessen darf ich die Deutsche Welle, sie macht ja fast die Hälfte unseres Haushalts aus. Das ist ein wichtiger Punkt. Wir wollen, wie im Ausschuss besprochen, die Erfahrungen von German TV möglicherweise auf das klassische TV-Programm übertragen, um hier Synergieeffekte und Qualitätsverbesserungen zu erreichen. Das liegt nicht allein in unserer Hand. Dazu brauchen wir ARD und ZDF, dies wollen wir vorantreiben. Dass, das möchte ich als letzten Punkt ansprechen, die Kultur und ihre Förderung in den neuen Bundesländern, die einen ganz anderen Nachholbedarf haben als die Länder im Westen, für den Bund eine besondere Verpflichtung darstellt, kann überhaupt nicht bestritten werden.

Herr Vorsitzender, ad 1 wirst du sagen, das war schon lang genug, ad 2 wirst du an anderer Stelle sagen, der hat vieles nicht angesprochen. Deswegen ist es immer schwer, den Wünschen eines Vorsitzenden Rechnung zu tragen. Meine Damen und Herren, ich habe ein paar Punkte angesprochen, die für die Diskussion ausreichen sollten. Ich wünsche mir eine prima Zusammenarbeit mit Ihnen, ich mindestens biete sie an und bin dazu bereit. Vielen Dank.

Abg. Hans-Joachim Otto (FDP): Herr Staatsminister, lieber Bernd, an die erste Formulierung muss ich mich gewöhnen, die zweite war in den vergangenen Jahren etwas leichter. Ich glaube, dass meine Einleitung als Vorsitzender zutreffend war. Es gibt in den grundsätzlichen, in den entscheidenden Fragen Übereinstimmung. Das möchte ich hier als erster Redner der Opposition festhalten. Das unterscheidet uns sicherlich von den 21 anderen Ausschüssen. Es gibt hier einen Grundkonsens in sehr wichtigen Fragen und ich hoffe, das wird die erste Runde belegen. Ich will aus Zeitgründen nicht in die Details gehen. Das meiste, 95 Prozent von dem, was du gesagt hast, ist sicherlich auch Auffassung der FDP-Fraktion. Ich vermute, dass auch die anderen Fraktionen dem zustimmen. Bei dem 100-

Tage-Programm bin ich allerdings ein bisschen überrascht darüber, dass das UNESCO-Übereinkommen von 1970 dazu gehört, denn es gab sehr gute Gründe, weshalb wir dieses Übereinkommen in den vergangenen 35 Jahren nicht ratifiziert haben. Dass diese Konvention jetzt zum 100-Tage-Programm gehört, müssen wir noch einmal diskutieren. Das ist ein Punkt, der mich offen gesagt etwas überrascht hat.

Ich möchte einige Punkte erwähnen, ohne dass der Eindruck erweckt werden sollte, dass es um Fundamentalopposition geht, wo wir zusätzliche Schwerpunkte setzen möchten. Und dabei, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich als erstes das Staatsziel Kultur erwähnen. Das war eben so kryptisch, es gab eine Frage, bei der wir uns nicht durchsetzen konnten, da könnt ihr ja initiativ werden. Ich will hier namens der FDP-Fraktion, ich spreche hier nicht als Vorsitzender, ausdrücklich sagen, dass wir versuchen sollten, mit allen Fraktionen des Ausschusses eine Initiative hin zu bekommen. Denn wenn das eine parteipolitische Initiative bleibt, dann werden wir sowieso scheitern, dann haben wir keine Chance gegen die Bedenkenträger aus anderen Ausschüssen, das ist, glaube ich, ein zentrales Ziel. In der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, die Vorsitzende der Enquete-Kommission ist ja glücklicherweise unter uns im Ausschuss, haben wir damals einstimmig beschlossen, dass das ein sehr wichtiges Signal ist. Ich werbe dafür, auch bei dem Herrn Staatsminister, dieses Staatsziel Kultur nicht aus den Augen zu verlieren. Wenn wir das jetzt nicht sehr bald anpacken, solange also das Eisen sozusagen noch heiß ist, dann werden wir im Laufe der Legislaturperiode nach meiner Einschätzung keine Chance haben. Also, hier müssen die Fraktionen aktiv werden. Ich sage, die Fraktionen.

Der zweite Punkt, den ich hier erwähnen möchte, ich will noch einmal darauf hinweisen als Redner der FDP, nicht in meiner Vorsitzenden-Eigenschaft: Art. 23 GG, also die Außenrepräsentanz des Bundes in Kulturfragen gegenüber der EU. Da allerdings möchte ich ganz klar sagen, auch als Jurist, halte ich das, was das erlauchte Gremium der Koalitionsfraktionen festgelegt hat, für höchst problematisch. Wir alle wissen, dass es die EU-Partner in den vergangenen Jahren nicht selten vermocht haben, und die Fälle können alle genannt werden, bei einer Verhandlungsführung der Bundesländer, wenn die die Bundesrepublik vertreten, einen Keil zwischen die teilweise sehr unterschiedlichen Interessen der Länder zu schieben, und dass diese Verhandlungsführung nicht so erfolgreich war, wie es hätte sein können. Also, ich kämpfe hier sehr für Bernd Neumann und für seine Kompetenz. Ich finde, du solltest dieses Engagement positiv und nicht kritisch würdigen. Ich meine, dass der Bund hier an dieser Stelle sehr aufpassen muss. Es geht hier um die Interessen von Kultur und von Rundfunk gegenüber den EU-Partnern, und ich denke, dass wir hier unsere Erfahrungen der letzten Jahre einbringen müssen. Mit dieser Regelung, die da vorgesehen ist, bin ich überhaupt nicht einverstanden. Es kann überhaupt keinen Zweifel geben, dass in diesen Fragen die Kompetenz des Bundes zurückgefahren worden ist und nicht etwa ausgeweitet, wie das zum Teil behauptet wurde.

Der dritte Bereich, den ich ansprechen will, gehört bei der FDP-Fraktion zu den sehr wichtigen Punkten. Es geht um die Mobilisierung, das Engagement der Zivilgesellschaft. Wir müssen uns angesichts knapper Kassen wirklich Gedanken darüber machen, wie die Zivilgesellschaft stärker in die Verantwortung genommen werden kann, wie die Zivilgesellschaft stärker aktiviert werden kann. Wir müssen

das Stiftungsrecht, das ist ja auch Bestandteil der Koalitionsvereinbarung, weiter liberalisieren, wir müssen die steuerlichen Rahmenbedingungen verbessern.

Ich möchte abschließend zu einem Punkt Stellung nehmen, der heute zur Entscheidung ansteht: die Filmförderung. Lieber Bernd Neumann, die Kompetenz in Filmfragen ist wirklich absolut führend bei dir, du bist seit Jahrzehnten im Film unterwegs und dein Herzblut steckt darin. Deswegen bin ich auch sehr froh über die grundsätzlichen Aussagen. Ich will aber an einem Punkt eine wichtige Alternativposition aufbauen. Ich hatte einen Entwurf für eine Stellungnahme des Ausschusses vorbereitet, in dem die klare Absage enthalten war, im Bereich der Filmförderung mit direkten staatlichen Subventionen zu operieren. Der Film ist keine Not leidende Branche. Der Film ist eine Branche, bei der es sich um einen Risikobereich handelt, der angemessene, faire, im europäischen Vergleich wettbewerbsfähige Steuerbedingungen braucht, keine direkten staatlichen Subventionen. Deswegen warne ich davor. Natürlich habe ich wunderbare Zitate des Abgeordneten Bernd Neumann zu diesem Thema, der gesagt hat - das könnte von mir stammen: Es ist kein marktwirtschaftliches Modell, sondern ein rein staatliches, in der Summe nach oben begrenztes Instrument, das neue Bürokratie auslösen wird, während auf die Mobilisierung privaten Kapitals durch Steueranreize verzichtet wird.

Staatsminister Bernd Neumann (BKM): Habe ich mir widersprochen? Nein!

Abg. Hans-Joachim Otto (FDP): Nein, aber es fällt natürlich auf, dass die Koalition in dem Entwurf, den sie jetzt für die Stellungnahme vorgelegt hat, mein Papier ein bisschen überarbeitet hat, in der Sache aber zustimmt. Jedoch ein einziger Punkt fehlt, nämlich die klare Absage an den so genannten Risikokapitalfonds. Der Risikokapitalfonds verdient den Namen nicht. Es ist ein Staatsknetefonds, direkte staatliche Subvention. Deswegen geht die Ermahnung an den Filmpolitiker und Ordnungspolitiker Neumann, auf der Linie zu bleiben, die er immer vertreten hat, nämlich keinen Risikokapitalfonds einzurichten, keine direkten staatlichen Subventionen an den Film zu geben. Alles andere, was du vorhin zum Thema Film gesagt hast, insbesondere auch die Frage des Medienerlasses, insbesondere auch die Frage, dass wir faire steuerliche Rahmenbedingungen brauchen, um den deutschen Film zu stärken, stößt bei uns auf lebhafteste Zustimmung. Aber bitte, in dieser Situation sollten Sie die Finger von staatlichen Subventionen im Filmbereich lassen. Das würde den Film diskreditieren, das würde Berufungsfälle schaffen. Ich kann mir schon vorstellen, dass die Kinobranche, die im Moment wirklich leidet, sofort sagt, wir wollen auch Subventionen haben. Das wäre ein Holzweg. Mit dieser Maßgabe freue ich mich auf die weitere Diskussion. Ich finde, dass das ein sehr interessanter Aufschlag war, den du hier gemacht hast, und es gibt Ansatzpunkte, mit denen wir in den nächsten Monaten sehr konkret und sehr erfolgreich arbeiten werden. Ich bin sicher, dieser Ausschuss wird gemeinsam mit Bernd Neumann Kultur und Medien in Deutschland weiter nach vorn bringen, und auf diese Arbeit freuen wir uns alle. Vielen Dank.

Vorsitzender: Ich darf dann für die SPD-Fraktion meine verehrte Vorgängerin als Ausschussvorsitzende, Abg. Monika Griefahn, aufrufen.

Abg. Monika Griefahn (SPD): Vielen Dank, Herr Otto. Ich muss mich erst einmal daran gewöhnen, dass die FDP-Fraktion jetzt immer als erste redet und sozusagen gleich ein Koreferat hält, das man dann stärker kontrastieren muss als den Minister. Zunächst möchte ich gern dem Staatsminister zu seinem Amt gratulieren und, ebenso wie er die Zusammenarbeit angeboten hat, von unserer Seite von der SPD-Fraktion die gute Zusammenarbeit anbieten. Wir haben das bislang bewiesen, das werden wir auch weiterhin machen. In seinem Programm sind sehr viele Punkte, die sich logisch aus unserer bisherigen Arbeit ergeben, und ich bin sehr froh darüber, dass es da ein Stück Kontinuität gibt. Insofern, Herr Kollege Otto, bin ich etwas irritiert darüber, dass Sie die Umsetzung des UNESCO-Kulturgüterabkommens von 1970 mit Befremden zur Kenntnis nehmen, denn wir hatten uns das bereits in der letzten Wahlperiode für diesen Herbst vorgenommen. Wäre nicht die Legislaturperiode vorzeitig zu Ende gewesen, dann wären wir jetzt schon so weit. Insofern gehe ich davon aus, dass diese Arbeit nahtlos fortgeführt und dieser Plan tatsächlich umgesetzt werden kann. Wir haben schon in der Vergangenheit sehr gedrängt, im September und Oktober sollten bereits die letzten Arbeitsgruppen tagen. Und es war auf unsere Initiative im Kulturausschuss in der letzten Legislaturperiode zurückzuführen, dass die Häuser wieder an einen Tisch gekommen sind und konkrete Vorschläge gemacht bzw. Hinderungsgründe beseitigt haben. Ich hoffe, dass die Umsetzung jetzt tatsächlich in den ersten 100 Tagen gelingt und wünsche dazu viel Erfolg. Aus meiner Sicht ist es wirklich mehr als peinlich, dass wir noch nicht unterzeichnet haben.

Das zweite Thema ist die Frage des Films. Wir haben hier alle in den letzten Jahren intensiv mitgefiebert und uns diverse Renovierungen vorgenommen. Wir haben das Filmförderungsgesetz novelliert, das ist ein Subventionstatbestand, Herr Otto. Wir wollen das Filmförderungsgesetz jetzt nicht abschaffen, sondern wir wollen nur die Fondsbeteiligung abschaffen. Und wir wollen gleichzeitig die Frage lösen - damit haben wir uns auch in der Vergangenheit schon intensiv beschäftigt -, wie wir es schaffen, dass Leute, die investieren wollen und steuerlich etwas abschreiben wollen, ihr Geld tatsächlich dem deutschen Film zugute kommen lassen können, statt vorwiegend ausländische Produktionen zu fördern. Ich finde es sehr gut, dass der Staatsminister eine Arbeitsgruppe einsetzt, die aus Sachverständigen der verschiedenen Ressorts und der Filmwirtschaft besteht, damit Modelle abgewogen werden können und wir uns nicht von vornherein auf eins festlegen müssen. Deswegen würde ich auch kein Modell ausschließen. Ich würde weder den Risikokapitalfonds ausschließen noch ein konkretes Modell jetzt hier benennen, sondern warte mit Spannung darauf, dass diese Arbeitsgruppe Vorschläge erarbeitet. Dabei gehe ich davon aus, dass wir hier an dieser Stelle zeitnah informiert werden. Das hat der Minister schon zugesagt. Ich finde, dass ist ein gutes Verfahren. Wir haben in unserer Anhörung zum Sale-and-lease-back-Modell erfahren, dass die Lösungen so einfach nicht sind, sich die Bedingungen in den anderen Ländern jeweils verändert haben und wir international sehr unterschiedliche Modelle haben. Für dieses Verfahren bin ich dankbar. Um den Gesetzentwurf zu den Steuerfonds begleiten zu können, den wir diese Woche verabschieden, haben CDU/CSU und SPD einen Alternativvorschlag für eine Stellungnahme des Ausschusses gemacht und darin unter anderem die Einsetzung der Arbeitsgruppe begrüßt, ohne irgendetwas ausgeschlossen oder präjudiziert zu haben.

Drittens: Ich bin froh, dass wir diese Woche die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ wieder einsetzen, Gitta Connemann sitzt in unseren Reihen, sie wird ja wahrscheinlich wieder Vorsitzende

der Kommission sein. Die Enquete-Kommission hat empfohlen, das Staatsziel Kultur ins Grundgesetz aufzunehmen. Ich kann mich sehr gut an die Koalitionsverhandlungen erinnern. Wir haben uns alle für das Staatsziel Kultur ausgesprochen, aber es ist eine Sache des Parlaments, das auf den Weg zu bringen, es ist nicht Sache der Regierung. Insofern ist der Appell an den Herrn Staatsminister in diesem Falle falsch. Er kann das Anliegen nur in seiner Eigenschaft als Parlamentarier mit unterstützen, aber nicht in seiner Eigenschaft als Regierungsmitglied. Diese Initiative müssen wir aus dem Parlament heraus auf den Weg bringen, und ich glaube, alle Fraktionen im Kulturbereich sind sich einig. Wir müssen noch Werbung bei unseren Kolleginnen und Kollegen machen, die mit diesem Thema noch Probleme haben. Ich glaube, dass wird uns gelingen, weil wir uns alle einig waren und die Empfehlung der Kommission da ist. Wenn zudem verwirklicht wird, was der Staatsminister zur Fusion der Kulturstiftung der Länder und der Kulturstiftung des Bundes angekündigt hat, haben wir noch einen Anlass mehr, das neue Staatsziel im Grundgesetz mit zu befördern. Wir können dann auf dieses neue Instrument hinweisen und gleichzeitig betonen, dass wir die Sicherheit für die Kultur brauchen. Kultur muss genauso als Staatsziel angesehen werden wie Umweltschutz oder andere Elemente. Diese Diskussion brauchen wir zu der Frage Staatsziel, das ist unsere Aufgabe. Ich rege an, dass wir hier aktiv werden, diese Diskussion noch einmal in Gang zu bringen.

Sie haben mit Recht die EU-Fernsehrichtlinie erwähnt, die gestern beschlossen worden ist. Wir haben uns schon intensiv eingebracht und müssen dringend daran arbeiten, damit unsere Vorschläge zu Werbefreiheit und Product-Placement durchkommen, die wir nicht so haben wollen wie vorgesehen. Das, denke ich, ist ein ganz wichtiger Punkt.

Dass wir alle für Berlin, für die Zukunft der Gedenkstätten, für die Deutsche Welle, für die neuen Länder Verantwortung übernehmen, sind weitere sehr wesentliche Punkte. Auch daran müssen wir weiterarbeiten. Ich möchte für die anderen Kollegen noch etwas übriglassen, deswegen mache ich an dieser Stelle Schluss. Herzlichen Dank, und wie gesagt, auch von uns aus auf gute Zusammenarbeit.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Griefahn. Für die Unionsfraktion jetzt der Kollege Börnsen.

Abg. Wolfgang Börnsen (CDU/CSU): Unser Land hat eine beispiellose kulturelle Tradition und eine beispiellose kulturelle Aktivität, Hunderttausende von Bürgern, die sich kulturell engagieren. Trotzdem befindet sich der Stellenwert der Kulturpolitik noch lange nicht auf Augenhöhe mit anderen Politikbereichen. Deshalb begrüßen wir, dass der Staatsminister in einer Grundsatzerklärung deutlich gemacht hat, es geht darum, den Stellenwert der Kulturpolitik auf die notwendige Augenhöhe zu bringen, um die Menschen mitnehmen zu können. Der Hinweis des Staatsministers, dass man das strukturiert macht, zunächst in einem 100-Tage-Programm und dann gleichzeitig weiß, was man weiterhin für die Kulturpolitik leisten möchte. Dies ist ein Zeichen dafür, dass konzeptionell vorgegangen wird. Nur so kann man zu einem Ergebnis kommen, das uns alle zufrieden stellen könnte. Kulturpolitik muss für alle funktionieren und kann auch kooperativ umgesetzt werden. Trotzdem muss der Staatsminister sich darauf einstellen, dass es Streit gibt. Das ist ein Teil meines kulturellen Verständnisses.

Nachdem wir am Anfang diese Sitzung schon einen großen Staatsminister und einen kleinen gehört haben, glaube ich, dass es ganz gut ist, wenn wir zu Einzelheiten später Stellung nehmen. Für meine Fraktion wird zum Thema Film Philipp Mißfelder etwas sagen. Lassen Sie mich noch eine Bemerkung machen. Dass man die Fonds abschafft, hat nicht nur finanziell und sozial seine Berechtigung, sondern ich bin auch dagegen, dass 85 Prozent der Filme, die in Deutschland gezeigt werden, Hollywood-Produktionen sind, die von uns dann auch noch extra gefördert werden. Das muss nicht auch noch sein, dass Hollywood-Kultur bei uns noch mehr Platz greift. Letzte Bemerkung: Ich möchte das aufgreifen, was Monika Griefahn gesagt hat. Es ist ein gutes Zeichen für das Gesamtverständnis dieser neuen Bundesregierung, dass sie Kultur- und Medienpolitik über das hinaus, was in den letzten Jahren geleistet worden ist, zu einem neuen Schwerpunkt machen will und wird. Damit ist zum einen bewiesen, dass es Leistungen gegeben hat, auf denen man aufbauen kann, und zum anderen, dass man sehr wohl weiß, welche Bedeutung Kulturpolitik für uns alle, für unser Land, und vor allem für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger haben wird. Ich bedanke mich.

Abg. Dr. Lucrezia Jochimsen (DIE LINKE.): Herr Vorsitzender, Herr Staatsminister. 100-Tage-Programme sind ja in Mode, jeder macht 100-Tage-Programme und gegen die Kapitel Ihres 100-Tage-Programms kann man in der Tat zurzeit eigentlich gar nichts Kritisches sagen. Auch wir sind selbstverständlich bereit, an jeder Art von vernünftiger Regelung der Finanzierung für deutsche Filme mitzuwirken. Film ist etwas sehr Teures. Film benötigt Geld, und es muss intelligente Lösungen geben für die deutschen Filme, dieses Geld zu beschaffen. Dass die bisherige Regelung eher kontraproduktiv war und niemanden befriedigt hat - darüber hinaus ist sie natürlich auch noch sozial ungerecht und wirtschaftlich eigentlich nicht zu verantworten - bleibe einmal dahingestellt. Es ist auch sicherlich richtig, dass die Initiative für das Staatsziel Kultur nicht vom Minister auszugehen hat. Dennoch hat mir gefehlt, dass es von Ihnen nicht als ein Ziel für unsere gemeinsame Arbeit genannt wird, ebenso wenig wie die UNESCO-Konvention für die kulturelle Vielfalt, also eine neue aktuelle UNESCO-Konvention. Ich bin sehr für die Annahme der Konvention von 1970 und kann mir auch schwer erklären, warum es eigentlich so lange gedauert hat, bis dieses Land sie ratifiziert, aber, die UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt, die wir ja auch zu ratifizieren haben werden, beschreibt etwas und geht im Kern an eine Problematik der Kultur und des gesellschaftlichen Reichtums in der globalisierten Welt heran, das für uns ganz besonders wichtig sein wird. Denn es stimmt zwar, was Sie gesagt haben, lieber Herr Börsen, dass wir eine große kulturelle Tradition haben. Nur, so sehr gut steht es ja leider zurzeit um die nicht. Es kann ja auch Ihnen nicht entgangen sein, dass Orchester reduziert werden, dass ganz oder teilweise Museen geschlossen werden, dass Theater in großer Not sind, dass Sprechtheater gegen Musiktheater ausgespielt werden, dass man allerorts darüber nachdenkt, ob man sich denn alles das, was die von Ihnen so zu Recht zitierte kulturelle Vielfalt unseres Landes ist, noch leisten kann. Als Stichwort mögen allein die drei Opern in Berlin genügen. Ich finde, wir sollten uns zu Beginn unserer Arbeit das alles nicht schönreden, dass wir eine reiche Kulturtradition haben und ein reiches kulturelles Leben. Wir haben das im Vergleich zu anderen Gesellschaften, man kann auch sagen, wir haben es noch. Es ist aber durchaus überall festzustellen, dass das alles sich in großer Bedrängnis befindet. Dagegen müssen wir gemeinsam etwas tun. Und da wäre aus meiner Sicht in der Tat das Staatsziel Kultur, nachdem wir Verbraucherschutz und Tierschutz und alles das bereits

als Staatsziel haben, nun endlich neben der UNESCO-Konvention schnell aufzunehmen in unsere parlamentarische Arbeit.

Lassen Sie mich noch zu zwei Punkten, die Sie angeführt haben, etwas sagen. Gedenken an Flucht und Vertreibung. Da gehen Sie ja vollkommen hinweg über die Diskussion, die engagiert geführt worden ist, ob Berlin der Ort ist, an dem ein solches Gedenken in Zukunft stattfinden soll. Sie haben mit dem sehr modischen Begriff der Netzwerke und europäischer Zustimmung in Form eines Netzwerks, glaube ich, darüber hinweg geredet, dass wir erst einmal doch noch eine grundsätzliche Diskussion darüber führen müssen, wieweit wir ein solches Gedenken im europäischen, ja im Völkerrahmen bewerkstelligen können und ob Berlin tatsächlich der Ort ist, an dem so etwas stattfinden soll.

Dann noch ein Letztes: Ich bin Ihnen sehr dankbar, Sie haben wörtlich gesagt, bei dem Palast der Republik gehe es nicht um Abriss. Wenn wir nun herausfinden in unserer Tätigkeit und in unserer Prüfung der tatsächlichen Situation, dass es aber im Moment tatsächlich nur um Abriss geht, dann hoffe ich sehr, dass wir, wenn wir Sie davon überzeugen können, Sie an unserer Seite haben, über diese Sache neu nachzudenken. Denn Tatsache ist sicherlich, und da haben unsere beiden Fraktionen, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und wir, genug Material zusammengetragen, um klarzumachen, dass sich bis heute für das, was der Bundestag 2002 beschlossen hat, die grundlegenden Bedingungen verändert haben. Darüber werden wir ja nachher auch zu reden haben. Dann wäre ich sehr froh, wenn Sie bei dem Wort bleiben, es geht nicht nur um Abriss. Danke.

Abg. Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich möchte nicht in eine allgemeine Vorrede einsteigen, über die Dinge, über die man sich einig ist, sondern an das anschließen, was Frau Dr. Jochimsen eben gesagt hat. Ich persönlich gehöre zu denjenigen, die nicht nur einmal im Palast der Republik aufgetreten sind, sondern auch finden, dass er abgerissen werden sollte. Gleichwohl halte ich es für richtig, über ein Moratorium - da unterscheiden sich ja die Anträge - nachzudenken in Bezug auf die Frage, was eigentlich in der Zwischenzeit geschieht. Um genau diese Frage geht es uns jedenfalls, und ich finde, dass ist ein Anliegen, über das man offen diskutieren sollte.

Zweitens: Ich bin sehr froh, dass Sie die Umsetzung der UNESCO-Konvention angesprochen haben. Natürlich sind der Zeitraum von 100 Tagen auf der einen Seite und der Zeitraum seit 1970 auf der anderen Seite nicht in einem sinnvollen Gleichgewicht. Nichtsdestotrotz braucht es ja manchmal so einen Anstoß, dass man sagt: Dann jetzt aber endlich! Insofern kann ich nur sehr unterstützen, dass die Koalition sich entschieden hat, hier tätig zu werden. Ich glaube, da gibt es auch hier große Übereinstimmung.

Ich möchte gerne noch einmal auf die Frage des Gedenkens an Vertreibungen eingehen. Ich fand ehrlich gesagt nicht, dass Sie über den Standort Berlin in einer Weise gesprochen haben, wie es Frau Dr. Jochimsen gehört hat. Ich hatte eher den Eindruck, Sie haben über eine Ausstellung gesprochen, die Sie gesehen haben und darüber, dass es Gespräche geben soll. Ich würde nichtsdestotrotz gern wissen, wie Sie sich die Kombination aus Ort des Gedenkens auf der einen Seite und historischer

Aufarbeitung im europäischen Rahmen auf der anderen Seite vorstellen. Oder - das kann ja auch sein - Sie sagen, darüber muss noch diskutiert werden, wir sind noch nicht so weit. Auch das hielte ich für eine nachvollziehbare Herangehensweise. Ich glaube nur, dass das ein so sensibles Thema ist, dass man in diesem Fall in aller Klarheit sagen sollte, darüber muss noch geredet werden, und das ist die Zielstellung.

Auf zwei Fragen möchte ich noch eingehen, die bei Ihnen gar nicht oder nur kurz eine Rolle gespielt haben. Das ist nicht als Vorwurf gemeint. Eine Frage bezieht sich auf das Thema kulturelle Bildung. Diese Frage hat ja hier, aber auch in der Enquete-Kommission schon eine große Rolle gespielt, und ich frage mich, wie es möglich sein wird, auf dieses Thema einzugehen mit dem hohen Interesse der Kulturpolitik auf der einen Seite und zugleich auf der anderen Seite mit den Kompetenzen, die – gerade, was die Bildung angeht – bei den Ländern liegen. Mich interessiert, ob es da Ideen gibt, wie das zu bewerkstelligen ist. Das zweite Thema: Sie haben in einem Satz Ostdeutschland erwähnt und die weitere Förderung der Kultur dort. Nicht eingegangen sind Sie auf die Frage des demografischen Wandels, auf das Problem schrumpfender Regionen, die es ja nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch in Westdeutschland gibt, auf die Frage des Zugangs zu Kultur und kultureller Vielfalt, auch des Bestehens kultureller Vielfalt inklusive der Tatsache, dass wir ja eine Situation haben, die uns gerade kürzlich noch einmal vor Augen geführt worden ist, wonach bei dem Zugang zu Kultur, zu kultureller Bildung, zu kulturellen Ereignissen ganz offensichtlich nur eine bestimmte Klientel der Gesellschaft erreicht wird. Möglicherweise haben gerade diejenigen, gerade Kinder und Jugendliche, die aus sozialen oder Bildungsverhältnissen kommen, die wir vielleicht als prekär bezeichnen würden, solche Zugänge nicht. Das halte ich für ein auf die Zukunft gerichtetes, ganz zentrales Problem und möchte es deswegen an dieser Stelle gerne ansprechen.

Unsere Unterstützung, was das Staatsziel Kultur angeht, haben diejenigen, die sich da engagieren wollen, ganz sicher. Ich glaube, dass wir an der Stelle, gerade wenn wir uns die kommunale Situation in vielen Bereichen anschauen, eine große gemeinsame Anstrengung brauchen, und dass es wahrscheinlich nicht reicht, wenn wir uns hier gegenseitig auf die Schulter klopfen und sagen, da werden wir initiativ, das versuchen wir. Ich glaube, da werden Sie, Herr Neumann, viel Arbeit innerhalb der Regierung haben und wir alle gemeinsam viel Arbeit, wenn wir in unsere jeweiligen Fraktionen gehen. Ansonsten wünsche ich Ihnen für Ihre Arbeit viel Erfolg und hoffe natürlich, dass wir eines Tages erleben, wie Sie eine zweite Stimme vom Blatt singen. Ich habe übrigens ein Blatt mit, wenn Sie das gleich heute machen wollen, hätte ich etwas anzubieten.

Vorsitzender: Sehr schön, diesen kulturellen Höhepunkt sparen wir uns auf. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war die erste Runde, die Fraktionsrunde. Herr Neumann wird am Ende zu den Punkten, zu denen er angesprochen wurde, noch Stellung nehmen. Wir kommen jetzt zur zweiten Runde, in der ich bisher folgende Namen notiert habe: Frau Kollegin Krüger-Leißner, Herr Kollege Mißfelder, Herr Kollege Tauss und Frau Kollegin Prof. Grütters, Frau Kollegin Bettin und Herr Kollege Grindel sowie den Herrn Bundestagsvizepräsidenten. Gut, darf ich dann mit Ihrem Einverständnis die Rednerliste schließen, damit wir noch Zeit haben, um eine Erwiderung von Herrn Neumann zu bekommen? Au-

ßerdem müssen wir abschließend noch die notwendige Abstimmung zu den filmpolitischen Vorlagen erledigen. Herzlichen Dank. Frau Krüger-Leißner, bitte.

Abg. Angelika Krüger-Leißner (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit dem Staatsminister und möchte an seine Ausführungen, wie ich sie verstanden habe, anknüpfen. Frau Dr. Jochimsen, ich habe sehr erfreut wahrgenommen, dass wir beim Thema Aufarbeitung der Geschichte von Flucht und Vertreibung den europäischen Gedanken wieder in den Vordergrund stellen und dass wir im Koalitionsvertrag formuliert haben, wir wollen ein sichtbares Zeichen in Berlin setzen. Nichts anderes steht da. Dass Sie, Herr Staatsminister, in diesem Zusammenhang auf die laufende Ausstellung in Bonn verwiesen haben, finde ich sehr zukunftsorientiert. Wenn diese Ausstellung im nächsten Jahr nach Berlin kommt, werden wir damit ein sichtbares Zeichen setzen, denn dabei wird nicht nur das Thema Flucht und Vertreibung aufgearbeitet, sondern auch die Frage der Integration. Darüber nachzudenken ist ein neuer Ansatz. Mich stimmt sehr hoffnungsvoll, was der Staatsminister gesagt hat.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich auf zwei Dinge konzentrieren, die schon in meiner bisherigen Arbeit sehr wichtig sind und weit über das 100-Tage-Programm hinausreichen. Wir sind bei der Aufarbeitung und der Weiterentwicklung der Gedenkstättenkonzeption stehen geblieben, im Grunde genommen ist die Arbeit abgebrochen worden. Sie haben das Thema nur mit einem Wort erwähnt, ich erinnere mich aber, dass wir im letzten Jahr eine heftige Debatte darüber geführt haben, ausgelöst auch durch einen Antrag Ihrer Fraktion, den Sie mitgetragen haben. Wir haben uns in der Auseinandersetzung um bestimmte Formulierungen und Standpunkte darauf verständigt, dass einer der Schwerpunkte die Weiterentwicklung dieses Konzeptes in Bezug auf Standorte in Berlin, in Bezug auf Standorte von Gedenkstätten in den alten Bundesländern und zur verstärkten Aufarbeitung der SED-Diktatur sein muss. An dieser Stelle möchte ich Sie fragen, wie sehen Sie den Handlungsbedarf und wie ordnen Sie die Fragen ein? Welchen Stellenwert hat diese kulturelle, für mich sehr wichtige kulturpolitische Arbeit bei Ihnen?

Bei dem zweiten Punkt handelt es sich um eine Sache, die wir im letzten Ausschuss und in der Enquete-Kommission bereits vorangetrieben haben. Wir haben erkannt, dass die wirtschaftliche Lage von Künstlerinnen und Künstlern gravierend schlecht ist und dass wir dort etwas tun müssen. Wir haben die Dinge so weit vorangetrieben, dass wir in dieser Legislaturperiode zu einer Novellierung der Künstlersozialversicherung kommen müssen. Wie sehen Sie das und wie werden Sie diesen Prozess befördern? Ich finde, das gehört zu unseren Aufgaben, auch wenn wir formell nicht zuständig sind, weil wir die Interessenvertreter von Künstlerinnen und Künstlern sind. Danke.

Vorsitzender: Als nächstem darf ich dem Kollegen Mißfelder das Wort erteilen.

Abg. Philipp Mißfelder (CDU/CSU): Vielen Dank. Auch ich möchte zunächst die Gelegenheit nutzen, Ihnen, Herrn Staatsminister, herzlich zu Ihrem neuen Amt zu gratulieren.

Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren. Zunächst möchte ich meiner Verwunderung darüber Ausdruck verleihen, dass ich in einer Meldung der Deutschen Presse Agentur von 12.34 Uhr bereits die Ergebnisse der heutigen Ausschusssitzung nachlesen konnte. Der Beginn der Sitzung war 15.30 Uhr, und wir tagen ja auch noch. Der Vorsitzende des Ausschusses wusste offenbar schon vor Beginn unserer jetzigen Sitzung, welches die Ergebnisse sein werden. Ich bin zwar erst wenige Wochen Abgeordneter des Deutschen Bundestages, denke aber doch, dass das ein unübliches Verfahren in der Ausschussarbeit ist. Man könnte fast die Vermutung äußern, dass hier vorab die Nachrichtenlage verändert werden sollte.

Vorsitzender: Herr Kollege Mißfelder, wenn Sie erlauben, will ich klarstellen, dass ich heute Morgen eindeutig als Abgeordneter der FDP-Fraktion zu einem Pressegespräch eingeladen habe. Ich kann nur sagen, ich betrachte Frau Griefahn als Vorbild in vielfacher Hinsicht und werde den Vorsitz so ähnlich wahrnehmen wie Frau Griefahn in der letzten Legislaturperiode. Auch als Vorsitzender des Ausschusses bin ich kein politisches Neutrum und habe vor, mit einem gewissen Engagement für Kultur und für Film zu streiten. Ich hoffe mit Ihnen gemeinsam.

Abg. Philipp Mißfelder (CDU/CSU): Nachdem sich die Mehrheit des Ausschusses bereits auf den Vorschlag der Fraktionen von CDU/CSU und SPD zur Stärkung der deutschen Filmwirtschaft (Ausschussdrucksache 16(22)007) verständigen konnte, möchte ich jetzt kurz zu den Ausschussdrucksachen 16(22)004 bis 16(22)006 die Ansicht meiner Fraktion darlegen. Zunächst zum Antrag der FDP, in dem der Stichtag 11. November 2005 als Datum des Inkrafttretens der Neuregelung bei den Steuerstundungsmodellen als willkürlich bezeichnet wird. Dass die Opposition Entscheidungen des Kabinetts als willkürlich bezeichnet, weisen wir in aller Deutlichkeit zurück. Gleiches gilt für den in der Sache ähnlichen Antrag der Grünen. Ich erinnere daran, dass die Gesetzesvorlage in wesentlichen Zügen noch aus einer Zeit stammt, in der die Grünen Regierungspartei gewesen sind.

Bei der Frage nach der einer erhöhten Steuerabsetzbarkeit bei Altbau- und Denkmalsanierungen möchte ich an dieser Stelle nur sagen, dass Herr Staatsminister Neumann anders als alle Betroffenen dieses Problem erkannt hat und angemessen darauf reagieren wird. Deswegen jetzt aber das Gesamtpaket aufzuschnüren, kommt für die Koalition nicht in Frage, auch wenn es sich hier um einen Kultursachverhalt handelt und wir Kultur nicht wichtig genug nehmen können. Ich schlage vor, dass wir den Herrn Staatsminister bitten, uns in diesem Fall einmal zusammenzustellen, um welche Summen es sich hier handelt und welche Rolle der Bund dabei spielen soll, gerade weil Denkmalschutz vor allem Sache der Länder ist. Wir werden dann auch entsprechend Sorge tragen. Nach den Erfahrungen mit dem Film können Sie uns das schon zutrauen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Mißfelder. Ich darf nunmehr Herrn Tauss das Wort erteilen und darf Ihnen gratulieren im Namen aller Ausschussmitglieder zu Ihrem ehrenvollen Amt als Generalsekretär der baden-württembergischen SPD. Wir waren sehr überrascht über diese Funktion.

Abg. Jörg Tauss (SPD): Ja, ich auch, Herr Vorsitzender, auch daran muss ich mich gewöhnen.

Herr Staatsminister, ich bin sehr dankbar, dass Sie gerade die Medien in einem sehr breiten Spektrum angesprochen haben. Wir hatten ja mit Ihrer Vorgängerin und deren Vorgängern drei herausragend ausgewiesene Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker mit exzellentem Mediensachverstand. Jetzt haben wir einen Staatsminister mit ausgewiesenen herausragendem Mediensachverstand, und was die Kultur angeht wird er sicherlich auch zur Höchstform auflaufen. Ich freue mich auf die gute Zusammenarbeit. Mich interessiert vor allem der Medienbereich. Übrigens kann ich Ihnen auch bestätigen, ich weiß nicht, ob Sie auf Zustimmung hoffen, aus Ihrer früheren Zeit als Regierungsmitglied, es gab Schlimmere als Sie. Das ist in der Tat richtig. Aber kommen wir zum Ernst der Geschichte. Heute Morgen hatten wir an anderer Stelle hier im Hause ein Gespräch mit der EU-Kommission. Der Vertreter sagte, sehr höflich formuliert, er sprach nicht von unseren föderalen Kleingärten in Deutschland, aber ich zitiere wörtlich, er sagte: Europa ist nicht bereit und in der Lage, auf jede föderale Befindlichkeit Deutschlands einzugehen. Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen. Ich habe den Eindruck, dass da auch von unseren Ländern das eine oder andere falsch eingeschätzt wird. Aber ich stimme Ihnen völlig zu, wir werden eine nationale Stimme brauchen, die über die Länder hinausgeht, gerade im Medienbereich brauchen wir dies. Da werden Sie sich nicht nur Freunde machen, sondern auch den einen oder anderen Freund verlieren, aber ich sage Ihnen, was Sie dort verlieren, gewinnen Sie dann hier hinzu.

Sie haben die Querschnittsthemen angesprochen. Ein sehr gutes Beispiel ist das Urheberrecht. Mit meinem Zwischenruf vorhin habe ich kurz angedeutet, dass mich mit dem Kollegen Krings in dieser Frage schon eine jahrzehntelange gute große Koalition verbindet. Allerdings geht es zunächst um einen anderen Punkt. Wie diese Richtlinie zustande gekommen ist, ist meines Erachtens für sich genommen schon spannend, wenn ich im Moment manchen Europaabgeordneten höre, wie er über Deutschland in anderem Zusammenhang redet. Für mich ist es untersuchungsausschussreif, dass eine Europaabgeordnete, deren Ehemann zufällig der Vorstandsvorsitzende des größten einschlägigen französischen Konzerns ist, diese Initiative auf den Weg gebracht hat. Das ist außerordentlich spannend. Nichtsdestotrotz, wir haben diese Richtlinie umzusetzen. Da steht jetzt drin, dass vermeintlich Geschädigte quasi polizeiliche Möglichkeiten gegen Dritte haben, um Rechtsauskünfte – übrigens auch noch auf Kosten dieser Dritten - zu erhalten. Wir kennen dies in keinem anderen Bereich. Das gibt es nicht einmal bei Mord und Totschlag, das gibt es nicht bei Pornographie mit Kindern, das gibt es nur beim Urheberrecht. Ich denke, wir sollten schon auch die Stimme der Nutzerinnen und Nutzer im Bereich der neuen Medien mit vertreten und hier nach Kompromissen suchen, gerade als diejenigen, die mehr von neuen Medien verstehen als manche in klassischen Ausschüssen, die in Jahrzehnten das Problem einer gewissen einseitigen Betrachtung unterzogen haben. Selbstverständlich sollten wir nicht einseitig sein, sondern hier mit nach Kompromissen suchen. So sehe ich unsere Aufgabe im Bereich neue Medien. Aufgaben haben wir genug, Themen von öffentlich-rechtlichem Rundfunk bis Internet. Wir werden uns, so steht es auch in der Koalitionsvereinbarung, weiter mit der Frage der Kommunikationsordnung zu beschäftigen haben. Mit den ganzen Fragen, die sich ergeben aus dem Zusammenwachsen klassischer und vertrauter Medien, mit dem, was wir als Computernetze, Internet u. Ä. bezeichnen, ergeben sich auch regulatorische Veränderungen. Und wir waren immer die ersten, die darauf hingewiesen haben. Wir müssen uns damit beschäftigen, sehr rasch, Vorarbeiten sind geleistet. Mich interessiert ein Zeitplan für den Mediendatenschutz, der uns ausdrücklich übertragen

worden ist, auch von den Bundesländern, infolge der Abgabe der Zuständigkeit für den Jugendmedienschutzbereich. Damit kommt ein wichtiges Thema auf uns zu.

Ich sehe unsere Aufgabe darin, immer dort, auch in Europa zu reagieren, wo möglicherweise ein kultureller, medialer Schaden entsteht, wenn andere Ausschüsse ihre Aufgabe nur darin sehen, über das zu diskutieren, was in der analogen Welt galt, aber in der digitalen Welt möglicherweise nicht nur keine Zukunft hat, sondern auch an anderer Stelle gar nicht mehr gilt. Dies mit unserer Kompetenz einzubringen, das ist etwas, was ich als spannend empfinde, und in diesem Sinne freue ich mich sehr, wie in der Vergangenheit, auf eine gute Zusammenarbeit mit unserem Herrn Vorsitzenden und natürlich, den haben wir jetzt aber hinreichend gewürdigt, mit Ihnen, Herr Staatsminister. Von dieser Seite: Alles Gute.

Vorsitzender: Frau Kollegin Grütters, bitte.

Prof. Monika Grütters (CDU/CSU): Danke, Herr Vorsitzender. Herr Tauss, wir haben mit Herrn Neumann ja nicht nur einen Medienexperten zum Staatsminister für Kultur gemacht, sondern vor allen Dingen auch einen ausgewiesenen parlamentarischen Profi und Politikfachmann, der weiß, dass Ausschussbesuche und die parlamentarische Arbeit nicht nur eine lästige Pflicht sind, sondern das entscheidende Mittel, um politische Ziele auch für die Kultur durchzusetzen. Insofern glaube ich, dass es sehr viele gegeben hätte, die nicht so gut gewesen wären wie er. Ich bin froh und stolz, dass wir Bernd Neumann hier als Kulturstaatsminister unter uns haben. Ich finde es auch richtig, Herr Otto, dass er zu seinem 100-Tage-Programm unter anderem die UN-Konvention über Maßnahmen zum Verbot rechtswidriger Einfuhr von Kulturgütern gezählt hat. Wie Sie wissen, sind inzwischen Großbritannien, die USA und die Schweiz im letzten Jahr beigetreten, und deshalb wird der Druck auf Deutschland exponentiell und erheblich größer. Wir laufen ja Gefahr, eines der wenigen noch übrig bleibenden Drittländer für Hehler zu sein. Ich glaube, deshalb ist es besonders dringend, dass wir zügig dieser Konvention beitreten. Ich finde das sehr gut, Herr Neumann, dass Sie das als eines Ihrer wichtigsten Ziele für die ersten 100 Tage angeführt haben.

Frau Dr. Jochimsen, Sie haben das Staatsziel Kultur erwähnt, und in der Tat, die Kulturleute der großen Koalition haben in ihrer Vereinbarung empfohlen, es ins Grundgesetz aufzunehmen. Es ist nun an uns, das als Initiative aus der Mitte des Parlaments umzusetzen, und Sie können sicher sein, dass wir diese Initiative ergreifen werden. Sie haben dann aufgegriffen, was Bernd Neumann zum Thema Flucht und Vertreibung gesagt hat, aber da bitte ich Sie dann, die Koalitionsvereinbarung auch wörtlich zu nehmen, denn darin steht: Wir wollen im Geiste der Versöhnung auch in Berlin ein sichtbares Zeichen setzen. Und das ist in der Tat Konsens, auch zwischen SPD und CDU. Nicht zuletzt diese Formulierung, der Geist dieses Textes ist nach meiner Überzeugung ein ganz großer Fortschritt zu diesem Thema. Deshalb fände ich es bedauerlich, wenn, aus welcher Richtung auch immer, hier eher die Problemlage betont würde. Ich glaube, dass wir da einen großen Fortschritt erzielt haben.

Als Berliner Abgeordnete und eine, die seit vielen Jahren hier Kulturpolitik macht, möchte ich mich bei Bernd Neumann für sein Bekenntnis zu Berlin und zur Hauptstadt bedanken. Nicht nur, dass 42 Pro-

zent des Kulturretats ja in der Tat aus historischen, aber auch aus aktuellen Gründen nach Berlin fließen, sondern wir sind der Überzeugung, dass der Kulturstaat Deutschland auch in seiner Hauptstadt besonders sichtbar sein muss. Nicht nur, weil es historische Gründe dafür gibt, sondern weil das Teil unseres Selbstverständnisses ist, und das gilt, finde ich, nicht nur, aber auch für eine neue, und wie ich meine, bessere Nutzung des Schlossplatzes, als die, die wir zurzeit haben. Man kann sich natürlich über das Programm zur Zwischennutzung der Ruine des Palastes der Republik streiten. Da waren sicherlich gute und originelle Programme dabei, da hat es aber auch ganz große Flops gegeben, wie das Beschmeißen von Politikergesichtern mit Bällen - da war der gerade verstorbene Herr Rexrodt dabei - oder die Paddelrei durch den Palast der Republik. Ob so etwas mit öffentlichen Geldern, auch des Hauptstadtkulturfonds, die sonst anderen Antragstellern zur Verfügung gestanden hätten, unterstützt werden muss, ob das immer so richtig war, ist die Frage. Aber das ist nicht unser Thema. Das hat vielleicht nur manchen Kritiker auf diesen Zustand aufmerksam gemacht, und das finde ich unnötig, weil diese Zwischennutzung ja durchaus ihren Reiz hatte. Ich glaube aber nicht, dass sie berechtigt, Frau Göring-Eckardt, darüber nachzudenken, ob wir den einmal gefundenen Beschluss des Parlaments hinausschieben. So überzeugend war dann die Zwischennutzung und so überzeugend finde ich die äußere Gestalt dieser Palast-der-Republik-Ruine nicht. Ich glaube, dass sogar umgekehrt eine außerordentlich große Chance für Deutschland besteht, diesen Platz einer neuen Bestimmung zuzuführen. Welches Land der Welt hat überhaupt die Chance, an der Schwelle zum dritten Jahrtausend sich selbst auch über die Vergabe oder die Neudefinition des zentralen Platzes der Republik noch einmal zu definieren? Das ist eine historisch einmalige Situation und ich meine, die dürfen wir nicht dadurch verspielen, dass wir uns an einen tatsächlich unbefriedigenden äußeren und inneren Zustand klammern. Die Nutzung durch das Humboldt-Forum, die Idee von Präsident Lehmann, Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die außereuropäischen Sammlungen dort zusammenzuführen, würde so viel aussagen über das Selbstverständnis Deutschlands, dass wir diese Chance nicht einen Tag länger als nötig nach hinten verschieben dürfen. Wir sollten alles daran setzen, das umzusetzen.

Herr Neumann, ich möchte mich auch bei Ihnen für Ihr Bekenntnis für Berlin bedanken. Ich weiß, dass das nicht immer einfach ist, weil man auf Berlin immer etwas neidisch guckt. 42 Prozent lassen 58 Prozent übrig, aber dass das so ist, hat seine Berechtigung. Ich denke, was wir in Richtung Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Museumsinsel, Gedenkstättenförderung tun, tun wir mehr als nur für die Hauptstadt für ganz Deutschland. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit.

Abg. Grietje Bettin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich werde zum Palast der Republik erst einmal nichts sagen. Wir haben das ja gleich noch als Tagesordnungspunkt. Da wir jetzt nur noch 20 Minuten Zeit für diesen Tagesordnungspunkt haben, hoffe ich, dass ich, wenn ich mich kurz fasse bei meinen Fragen, ausführliche Antworten bekomme, weil ich durchaus ein paar wichtige medienpolitische Themen ansprechen will, die bisher noch nicht angesprochen wurden. Da interessieren mich einfach Ihre Aussagen, Herr Neumann, wie Sie das einschätzen.

Sie haben im Koalitionsvertrag geschrieben, sie wollen Informations- und Kommunikationstechnologien fördern und ausbauen. Das ist natürlich ganz wichtig. Für uns ist aber auch klar, dass es wirklich nicht nur um Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit geht bei diesen Fragen - natürlich auch dar-

um -, aber vor allem natürlich auch um die Frage des Zugangs zu Technologien. Stichwort Zugangsgerechtigkeit, Stichwort digitale Spaltung, all das sind wichtige medienpolitische Themen, denen wir uns auch hier als Ausschuss stellen sollten. Deshalb die Frage an Sie: Überlassen Sie das Feld hier sozusagen komplett der Wirtschafts- und Technologiepolitik oder sehen Sie es auch als wichtige Aufgabe an, sich in dieses Themenfeld einzumischen?

Die zweite Frage: Jugendmedienschutz. Auch hier gab es ja schon ein paar öffentliche Diskussionen. Im Koalitionsvertrag finden sich Formulierungen, die das Konstrukt der Selbstregulierung, das wir hier mit der Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) eingerichtet haben, infrage stellen. Werden Sie sich für die weitere Verschärfung beim Jugendmedienschutz einsetzen oder stehen Sie hinter diesen Selbstregulierungsmodellen? Die dritte Frage: Stichwort Medienkonzentration, Beispiel Springer, Pro 7, Sat 1, und die Diskussion aus der Vergangenheit zur Pressefusionskontrolle, auch das gehört ja eigentlich in den Zuständigkeitsbereich des BMWi. Sehen Sie auch das als wichtige Aufgabe an, sich als Staatsminister für den Bereich Medien in diese Diskussion einzumischen und sich dafür stark zu machen, dass es hier nicht zu weiteren Konzentrationen kommt? Das ist, finde ich, von gesellschaftlich sehr hoher Bedeutung.

Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich habe mich gemeldet, weil ich sehr unterstreichen möchte, was der Staatsminister zum Thema EU-Fernsehrichtlinie gesagt hat. Sicherlich sind wir hier im Grenzbereich von Zuständigkeiten. Aber ich meine trotzdem, dass das, was dort jetzt vorgeschlagen wird, uns Anlass sein sollte, noch einmal die grundsätzliche Diskussion zu führen. Was wollen wir mit diesem Medium? Ist Fernsehen für uns - ich bekenne mich dazu - eine Plattform für einen öffentlichen Diskurs mit dem Zuschauer als Subjekt, der teilnehmen kann an diesem Diskurs, oder ist es eben eine rein wirtschaftliche Veranstaltung mit dem Zuschauer als Objekt, wo eben dann dem Fisch der Wurm schmecken muss und nicht dem Angler, wie das Helmut Thoma mal gesagt hat? Das duale Rundfunksystem habe ich immer als eine Möglichkeit verstanden, dass dieser öffentliche Diskurs nicht nur im öffentlich-rechtlichen, sondern auch im privatrechtlichen Rahmen laufen kann, aber eben der öffentliche Diskurs und nicht nur eine rein wirtschaftliche Veranstaltung. Also, dass man nicht den ganzen Abend mit Luk Jochimsen berieselt wurde, sondern auch eine Chance hatte, privatrechtlich zu gucken und andere Informationsangebote wahrzunehmen. Das ist nicht böse gemeint, sondern sage ich nur, weil wir gerade hier aufeinander treffen. Aber es sollten eben auch Informationsangebote sein, und nicht nur eine Wirtschaftsveranstaltung.

Ich glaube, das sage ich für mich ganz ungeschützt, wenn wir die Diskussion um Schleichwerbung und Product-Placement im Bereich von ARD und ZDF verfolgen, ist das etwas völlig anderes, als jetzt von EU-Kommissarin Reding vorgeschlagen wird. Ich glaube, dass wir uns hier über Fehlentwicklungen unterhalten müssten, und das wir das Forum dieses Ausschusses dafür nutzen können jenseits von präzisen Zuständigkeitsbereichen. Aber generell als Politiker muss uns eine Schere Sorgen machen, die immer weiter auseinander geht, zugespitzt, wie es ein Medienwissenschaftler einmal gesagt hat, zwischen Infoelite und Unterhaltungsproletariat. Die Frage ist, wie bekommen wir mehr öffentlichen Diskurs in Bereiche unserer Bürgerschaft hinein, die auch ein Stück Wählerschaft ist, wo wirklich nur noch kommerzielle Dinge stattfinden? Deswegen wäre meine herzliche Bitte, Herr Vorsitzender,

dass wir das Thema zeitnah behandeln können. Sie haben, wenn ich mich richtig erinnere, gerade aus Anlass Ihrer Amtsübernahme gesagt, wir wollen uns schneller in europäische Prozesse einbinden als bisher. Die Diskussion um diese Richtlinie geht jetzt los, und wie gesagt, da sollten wir zumindest unser Wort erheben. Wie stark wir am Ende Einfluss nehmen können, wird sich erweisen, aber ich finde, das ist ein wichtiges Thema, da sollten wir mit dabei sein.

Vorsitzender: Vielen Dank. Jetzt habe ich als Letzten auf der Rednerliste Herrn Thierse. Vorhin war Günter Krings angesprochen worden. Wenn du es kurz machst, dann gebe ich dir nachher noch das Wort, denn an sich hatten wir die Rednerliste geschlossen. Du bist aber direkt angesprochen worden. Herr Thierse, ich darf Ihnen das Wort erteilen.

Abg. Wolfgang Thierse (SPD): Herr Vorsitzender, da ich bei der konstituierenden Sitzung des Ausschusses nicht da war, möchte ich Ihnen meine Glückwünsche nachreichen und die mit einer ganz kleinen Bitte verbinden, nämlich nicht immer sich selbst zuerst das Wort zu erteilen, es sei denn, Sie erteilen mir dann immer das letzte Wort.

Herr Staatsminister, neben allen guten Wünschen für Sie will ich Ihnen zwei kleine, wie sich das für einen Neuling im Ausschuss, aber nicht in Sachen Kulturpolitik gehört, bescheidene Bitten mit auf den Weg geben. Erstens zum Stichwort Fusion der Kulturstiftungen: Ich möchte, dass wir alle gemeinsam Sorge dafür tragen, dass daraus eine handlungsfähige Stiftung entsteht. Sie haben zu Recht gesagt, dass, was die Bundeskulturstiftung auszeichnet, das Engagement für und die Förderung von Gegenwartskunst, von internationalen Zusammenhängen usw. ist Das muss unbedingt erhalten werden. Zweitens: Es sollte das unterschiedliche Ausmaß der Finanzierung sichtbar bleiben. Jetzt verfügt die Länderstiftung über 8 Mio. € und die Bundeskulturstiftung über 38 Mio. €. Es kann nicht sein, dass das Kuratorium oder der Beirat - wie immer das dann heißt - sich aus 16 Ländervertretungen und einem Bundesvertreter zusammensetzt. Ein solches Gremium wäre nicht nur handlungsunfähig, sondern es würde auch das Ausmaß der Beteiligung von Bund und Ländern auf den Kopf stellen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, dass wir da klare Regeln haben, sonst ist das ein Instrument, das nicht handhabbar ist. Nach der Vorgeschichte, dem Streit um diese Fusion, gibt es Anlass, diese Sorge vorzutragen. Ich hoffe, wir sind uns da ganz einig.

Eine zweite Bemerkung und zweite Bitte zum Thema Flucht und Vertreibung: Wir haben uns im Koalitionsvertrag auf die Formulierung geeinigt, dass wir nicht ein Zentrum gegen Vertreibung, wie es manche vorgeschlagen haben, verfolgen, sondern dieses Anliegen in europäischer Gemeinsamkeit aufgreifen. Frau Dr. Jochimsen, Netzwerk ist kein modisches Wort, sondern es gibt das Netzwerk Erinnerung und Solidarität, das genau die Absicht hat, dieses wichtige Anliegen in europäischer Gemeinsamkeit zu verfolgen. Dass dabei Berlin nicht ausgeschlossen sein darf, denke ich, gehört dazu. Aber Berlin hat selbstverständlich keinen Monopolanspruch auf dieses Erinnern und Gedenken, sondern Berlin ist ein Ort in einer Vielfalt oder in einem Netzwerk von verschiedenen Aktivitäten, Erinnerungsaktivitäten, Ausstellungen, Dokumentationen und anderes mehr. Das werden wir in der Debatte, vielleicht auch im Streit, immer neu definieren und formulieren müssen, worin und wie genau wir welches Projekt in dieser Richtung zu unterstützen haben, auch zu finanzieren haben. Ich halte für wichtig,

dass wir Rückfälle in Projekte, die bei unseren europäischen Nachbarn Anlass zu heftigstem Misstrauen waren und zu einem Dissens, den ich für überflüssig halte, geführt haben, vermeiden. Es geht darum, das gemeinsame Anliegen, dieses schwierige Kapitel gesamteuropäischer Geschichte des 20. Jahrhunderts so zu behandeln, dass es nicht zur Quelle von neuem Dissens wird, genau in dem Sinne, wie wir das im Koalitionsvertrag formuliert haben. Im Geiste der Versöhnung wollen wir dieses Projekt verfolgen. Das schließt aber bestimmte Projekte, Ideen, die in den vergangenen Jahren diskutiert worden sind, aus. Gegen diese Projektideen werden wir uns auch immer wenden, gerade weil wir das Anliegen vor Gefährdungen schützen wollen.

Vorsitzender: Danke Herr Thierse. Jetzt zu einer kurzen Erwiderung Herr Kollege Dr. Krings, bitte.

Abg. Dr. Günter Krings (CDU/CDU): Vielen Dank für die Worterteilung. Ich möchte mich beschränken auf das eine Thema, das uns sicherlich noch häufiger auch in diesem Ausschuss beschäftigen wird. Ich hatte mir eigentlich vorgenommen, es heute auszusparen, weil wir noch viele schöne Gelegenheiten zur Diskussion haben werden. Aber Herr Tauss hat mich so nett angesprochen. Da kann ich der Versuchung nicht widerstehen, doch noch ein paar Anmerkungen zu machen. Das Thema Auskunftsanspruch ist in der Tat eines der Themen, die wir in den nächsten Monaten sehr intensiv diskutieren müssen. Ich möchte darauf hinweisen, dass es sich dabei keineswegs um eine Lex speciales für den Bereich des Urheberrechts handelt, sondern um eine Regelung für den gesamten Bereich der geistigen Eigentumsrechte. Es sind auch viele andere Fragen damit verbunden, Designschutz, Patentrecht usw. Das ist ein großer Kontext. Es geht für mich und für uns alle, denke ich, nicht um eine beliebige Laune des EU-Gesetzgebers, sondern um die Frage, wie schütze ich am besten eine Eigentumsposition, nämlich geistiges Eigentum, was für uns gerade als kulturell Interessierte keinen geringeren Stellenwert haben dürfte als tangibles Eigentum. Wenn wir das geistige Eigentum nicht wertschätzen, wer sollte es dann in diesem Deutschen Bundestag tun? Insofern hat für mich der Staat hier eine Schutzpflicht, dieses Eigentum zu schützen. Er kann das tun durch staatsanwaltliche Maßnahmen, und er kann es tun, indem er diejenigen, deren Eigentumsrechte verletzt werden, selbst in den Stand setzt, diese Rechte zu schützen. Insofern ist mir in der Abwägung lieber, dass viele diese Rechte privat schützen, als dass wir den berühmten Staatsanwalt auf jeden Schulhof stellen müssen, Stichwort Entkriminalisierung zwar nicht auf strafrechtlich materiell-rechtlicher Basis, aber zumindest faktisch. Mir ist lieber, dass wir den Bedarf an staatsanwaltlicher Ermittlung dadurch zurückfahren, dass die privaten Geschädigten selbst die Möglichkeit haben, sich zu schützen. Insofern halte ich das für einen richtigen Schritt zu einer subsidiären Verwaltung, subsidiären Bearbeitung dieses Themas in der Gesellschaft.

Ich möchte den Staatsminister ermutigen, nicht rein die Sichtweise zu vertreten, dass es nur Interessengegensätze zwischen Nutzern und Anbietern gibt. Das ist unbestritten. Aber es gibt auch viele Interessengleichklänge in diesen Bereichen. Es gibt die schöne Aktion des Bundesjustizministeriums - ich glaube, Ihr Lieblingshaus in der Bundesregierung seit eh und je, Herr Tauss -, dass Kopien Originale brauchen. Genau das ist der Punkt. Ohne Originale gibt es keine Kopien, und derjenige, der etwas nutzt, braucht jemand, der etwas schafft, was er nutzen kann. Insofern ist der Interessengleichklang mindestens ebenso bedeutend, auch für die Kultur- und Medienpolitik, wie der sicherlich vor-

handene Interessengegensatz. Zu den herausragenden und schwierigsten Aufgaben dieser großen Koalition wird es gehören, Herr Kollege Tauss, dass unsere Fraktionen – und damit auch wir beide – uns auf die Reform des Urheberrechts einigen. Ich habe mir persönlich vorgenommen, erst wenn uns das gelungen ist, damit anzufangen, bei dem Begriff große Koalition das große großzuschreiben. Danke schön.

Vorsitzender: Wie groß die große Koalition ist, das ist in der Tat eine sehr spannende Frage. Vielleicht wird uns dazu Herr Staatsminister Neumann in seiner Erwiderung schon einen Hinweis geben können.

Staatsminister Bernd Neumann (BKM): Der Vorsitzende hat mich gebeten, es möglichst kurz zu machen und nicht auf jeden einzugehen.

Vorsitzender: So habe ich das nicht gesagt.

Staatsminister Bernd Neumann (BKM): Ich habe das sinngemäß so aufgefasst. Ich möchte mich insofern daran halten, indem ich nicht das, was ich teile, oder was an Zustimmung gekommen ist, noch einmal wiederhole. Bei dem Vorsitzenden, der aus der stärksten Oppositionsfraktion kommt, dem so genannten Oppositionsführer hier in diesem Kreise, bedanke ich mich herzlich dafür, dass er gesagt hat, er teilt 95 Prozent meiner Auffassung. Wenn das in der Legislaturperiode anhält, selbst wenn es auf 60 Prozent heruntergeht, hätte ich immer noch die Mehrheit der FDP hinter mir. Ich finde, das ist ein gesundes Polster. Was die UNESCO-Konvention angeht, haben mehrere dazu etwas gesagt, ich glaube, Frau Griefahn, Frau Prof. Grütters u. a. Ich will das nicht wiederholen. Natürlich gab es auch Bedenken, auch aus dem Bereich der Wirtschaft. Aber wir sind nun wirklich die Letzten, und es geht in der Tat darum, dass kulturelle Ausbeutung von Staaten und illegaler Handel in der Folge verhindert werden. Es kann nicht sein, nachdem auch Staaten wie Amerika und andere in Europa sich gesetzlich verpflichten, dass wir die einzigen sind, die außen vor bleiben. Frau Göring-Eckardt, Sie haben Recht, das hätte man schon früher machen können, aber es ist genauso, wie Sie sagen. Deshalb haben wir gesagt, wenn, dann jetzt. Warum sollen wir noch länger warten? Deshalb kommt das in das 100-Tage-Programm.

Frau Dr. Jochimsen, Sie haben völlig zu Recht auch die andere UNESCO-Konvention angesprochen, nämlich die zur kulturellen Vielfalt. Die ist in unserer Koalitionsvereinbarung enthalten. Die Konvention ist erst im Herbst in Paris unterzeichnet worden, so dass wir, wenn wir jetzt da herangehen, nicht die Letzten sein werden. Sie haben Recht, das muss auch in Angriff genommen werden, das werden wir umsetzen. Die Konvention ist genauso wichtig wie die andere.

Frau Göring-Eckardt, Sie haben noch einmal gefragt, ob ich die Behandlung der Thematik Flucht und Vertreibung konkretisieren kann. Beinahe jeder hat sich dazu geäußert. Ich möchte es heute bei dem belassen, was ich gesagt habe. Der Grund: Ich möchte, dass am Ende ein Ergebnis steht, und ich möchte zuhören. Wenn man mit dem polnischen Partner und anderen sprechen will, ist es nicht klug, schon ein bestimmtes Modell vor sich her zu tragen. Ich beziehe das alles ein, auch was der Kollege

Thierse hier eben ausgeführt hat, und glaube, dass man unter vernünftigen Menschen mit vernünftigen Ansätzen und unter Berücksichtigung von Vergangenheit und Empfindlichkeiten trotzdem zu einem Ergebnis kommen kann. Das möchte ich weniger durch Erklärungen machen, als durch Gespräche. Insofern bitte ich um Verständnis, wenn ich mich auf diese Andeutungen beschränke.

Sie haben die kulturelle Bildung angesprochen und das Ergebnis der Föderalismusreform bedauert, wenn die Reform so kommt, wie sie sich andeutet. Ich will mich dazu nicht äußern. Ich war nie ein Vorkämpfer dafür, dass dies nun so entflochten wird, unter anderem auch im Hinblick auf den Aspekt kulturelle Bildung. Aber nun sei es, wie es kommt, oder sei es, wie es ist. Der Aspekt ist wichtig. Betonen will ich, unabhängig von Kompetenzen ist keinem vorenthalten, in seinem Bereich etwas zu behandeln. Also unterstellt, es kommt so, dass die Länder ausschließlich für den Bildungsbereich verantwortlich werden. Im Grunde genommen waren sich da alle Länder einig, das ist kein parteipolitisches Ergebnis. Dann ist es doch überhaupt nicht ausgeschlossen, dass wir uns trotzdem um das Thema kulturelle Bildung kümmern. In der Koalitionsvereinbarung ist dazu, wenn auch nur ein kurzer Satz, formuliert, dass es uns ganz wichtig ist, so heißt es dort, dass Kinder und Jugendliche Teil haben können an Kultur.

Damit bin ich bei dem nächsten Punkt. Ich glaube, dass wir aufgrund neuer Untersuchungen sehr genau über die Teilnahme an kulturellen Ereignissen, die Teilhabe an Kultur von Kindern und Jugendlichen sowie anderen Teilen der Gesellschaft nachdenken müssen. Ich habe in meinem Haus darum gebeten, mir dieses Thema einmal genauer aufzuarbeiten. Es geht ja um eine Minderheit, die in der Regel immer besonders Kultur interessiert war, es war ja nie eine Mehrheit. Aber es ist problematisch, wenn diese Minderheit immer kleiner wird. Wir werden wahrscheinlich nicht erreichen, wie wir uns das wünschen, dass eine große Mehrheit an all diesen Dingen teilnimmt, die wir im kulturellen Bereich für wichtig halten, aber darüber muss man nachdenken. Das hat auch etwas mit der Hinführung von Kindern und Jugendlichen über die kulturelle Bildung zur Kultur zu tun. Da ist ein großes Defizit, das werden wir aufarbeiten müssen. Selbst wenn die Länder natürlich unbestritten die Kompetenz haben, schließt das überhaupt nicht aus, dass wir uns thematisch mit darum kümmern. Das machen wir auch in anderen Bereichen. Beispielsweise im Bereich von Film und Schule. Wir machen da ein neues Projekt, obwohl für die Schule die Länder zuständig sind. Aber es existieren Initiativen, die noch meine Vorgängerin, Gott sei dank, ins Leben gerufen hat, die die Hinführung der Schüler zum Film unterstützen sollen. Wir machen gemeinsam mit den Ländern Angebote, die Kompetenz als solche haben wir ja für schulische Dinge nicht. So stelle ich mir das auch bezogen auf die generellen Fragen vor, die Sie angesprochen haben.

Frau Krüger-Leißner hatte die Gedenkstätten noch einmal angesprochen. Ad 1 haben wir ja gesagt, wir wollen das, was entwickelt ist, ein Stück weiterentwickeln. Durch einen neuen Kulturstaatsminister wird ja die Welt nicht neu erfunden. Vieles ist geleistet worden, das werden wir fortsetzen und weiterentwickeln. Dass da beiden Aspekten, Aufarbeitung der Nazi-Diktatur und Aufarbeitung der SED-Diktatur, Rechnung zu tragen ist, ist klar. Ich meine, dass es überhaupt nicht um eine Gleichsetzung gehen kann. Ich möchte das noch einmal sehr deutlich sagen. Das eine ist der Holocaust, einzigartig. Ich halte es für problematisch, da Vergleiche anzustellen. Andererseits haben wir eine Verpflichtung,

die andere Diktatur, unter der auch viele Menschen in Deutschland gelitten haben und die auch deutsche Nachkriegsgeschichte geprägt hat, ebenfalls angemessen aufzuarbeiten. Mehr kann ich jetzt nicht sagen. Ich bitte um Nachsicht. Heute bin ich drei Wochen in meinem Amt und dabei, erst einmal das, was ich mitgenommen habe, einzuordnen. Ich kann nicht beantworten, was wir in den nächsten Monaten erst gemeinsam mit Ihnen entwickeln wollen.

Stichwort Künstlersozialversicherung: Es ist völlig klar, dem müssen wir uns widmen. Wir haben das Problem, dass die Zahl derjenigen, die daran partizipieren, immer größer wird, und das, was wir anbieten haben, finanziell immer geringer. Das kann nicht gut gehen. Deswegen bin ich dafür, ich möchte das jetzt nicht wiederholen, auf der Grundlage dessen, was wir in der Koalitionsvereinbarung formuliert haben, tätig zu werden.

Herr Kollege Tauss hat den Bereich Medienpolitik angesprochen mit der konkreten Frage, wie denn der Zeitplan, bezogen auf Telemediengesetz und Datenschutz etc. aussieht. Ich kann es ganz einfach so machen, dass ich vorlese, was mir Herr Hanten eben zum aktuellen Stand vorgelegt hat. Oder, da Sie als Einziger danach gefragt haben, bitte ich Herrn Hanten, Ihnen das zu übermitteln und erspare mir jetzt, dies vorzulesen.

Frau Kollegin Bettin, also Infotechnologien zu fördern, das ist natürlich das eine, das andere ist doch - darüber haben wir auch in dem von Ihnen geleiteten Unterausschuss geredet - die für uns wichtige Frage des Zugangs. Es nützt ja nichts, wenn wir alle Technologien haben, aber keinen gerechten, in alle Richtungen und alle Gesellschaftsschichten möglichen Zugang haben. Das ist ein wichtiges Thema, und das bleibt es. Zum Jugendmedienschutz: Wir haben ja gerade das Instrumentarium eingeführt, die KJM als Institution. Sie haben gefragt, sind Sie eher für eine Verschärfung oder die Selbstregulierung. Ich finde die Alternative nicht optimal. Also im Prinzip bin ich ohnehin immer für die Regelung, wenn Leute in eigener Verantwortung etwas machen können, sollen sie dies tun. Wenn die meinen, sie müssen hier und da etwas ändern, sollen sie dies tun. Insofern bin ich für Selbstregulierung, insofern gefällt mir die Alternative nicht. Ich finde, die sollen erst einmal arbeiten und dann darüber nachdenken, ob das alles so geht. Wenn sie zu dem Ergebnis kommen, es müsse etwas geändert werden, was den Gesetzgeber angeht - im Augenblick ist das nicht der Fall -, dann werden wir uns damit beschäftigen.

Dann haben Sie wirklich zwei bedeutende Dinge angesprochen. Das Thema Springer und Sat 1 ist ein heißes Thema, weil es aktuell ist. Die Politik ist klug beraten, jetzt erst einmal Entscheidungen abzuwarten. Da stehen ja zwei Entscheidungen aus. Da wollen zwei fusionieren, und da gibt es, Gott sei Dank, bei solchen Fusionen, bei denen es ja immer um Monopole geht oder gehen kann, das Kartellamt, das prüft. Das Kartellamt hat sich schon kritisch eingelassen, was dazu führt, dass man im Hause derjenigen, die die Fusion vorhaben, nachdenkt, in welcher Weise man Korrekturen vornehmen kann, um die Genehmigung erreichen zu können. Dann gibt es die KEK, die Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich, die sich auch mit der Frage beschäftigt. Da werden auch ernsthafte Gespräche geführt. Schauen wir uns an, was da herauskommt. Dann sollte man in eine Bewertung eintreten. Ich möchte das zu diesem Zeitpunkt nicht tun.

Der letzte Punkt betrifft die Pressefusion. Damit haben wir beide plus zwei, drei andere im Parlament uns sehr beschäftigt. Wir haben in der Koalitionsvereinbarung stehen, dass wir eine Prüfung wollen. Als dieser Punkt verhandelt wurde, war ich nicht dabei, weil das in den Bereich Wirtschaft fällt. Aber ich nehme einmal an, die einen haben gesagt, eine Prüfung ist nicht notwendig, lasst es so, wie es ist. Die anderen haben gesagt, vielleicht muss man doch im Hinblick auf die Schwierigkeiten der Verlage etwas tun. Sie können jetzt raten, bei welcher Gruppe ich bin. Ich bin bei der ersten, bei denen, die eher sagen würden, wir haben die Diskussion schon geführt. Sie haben ja teilweise zulasten Ihres Koalitionspartners von dem ersten Entwurf, den der Kollege Clement vorgelegt hat, schrittweise Abstand genommen. Ich habe das damals sehr begrüßt. Ohnehin neige ich dazu zu sagen, natürlich kann man immer wieder prüfen, aber mir ist wichtiger, dass wir die Vielfalt der kleinen und mittelständischen Verleger schützen und nur im äußersten Fall zulassen, dass Großverlage sich verstärken. Ich habe nicht den Eindruck, dass die deutschen Großverlage im Augenblick am Hungertuch nagen. Sie investieren, weil sie Kapital haben, in alle Teile der Welt. Man kann sich über Schwellenwerte unterhalten, aber ich will dem nicht vorgreifen. Meine Meinung nach all der Diskussion ist, eher alles so zu belassen. Aber wir werden gemeinsam in der Koalition ausfüllen müssen, was Prüfung bedeutet und welches Ergebnis eine Prüfung haben kann. Damit habe ich bis auf den letzten Punkt, den Herr Thierse angesprochen hat, praktisch alles versucht zu beantworten.

Herr Kollege Thierse, ich wusste gar nicht, in wie vielen Beiräten ich bin und den Vorsitz habe. Und ich habe mit Freude festgestellt, dass ich im Stiftungsrat der Kulturstiftung des Bundes (KSB) in der nächsten Woche alle wichtigen Leute wieder treffe. Also vom Bundestagspräsidenten über Antje Vollmer und Sie ist in dieser Stiftung der versammelte kulturelle Sachverstand mit beträchtlicher Kompetenz vertreten. Sie haben Recht, wir müssen aufpassen. Es kann nicht so sein, dass der eine zahlt, und der andere die Musik bestellt, um das so salopp zu sagen. Ich teile Ihre Einschätzung, wir sollten gemeinsam darauf achten. Dennoch wäre es gut, wenn wir hier das Ziel erreichen, das wir gemeinsam in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben haben. Ich glaube, wenn man es klug und vernünftig macht, kann es im Ergebnis für die Kulturförderung in Deutschland besser sein als jetzt. Jetzt ist es so, dass der eine teilweise bei dem anderen mitwirkt, sich jetzt herauszieht. Deswegen glaube ich, dass man das hinkriegen kann.

Im Übrigen, Herr Vorsitzender, möchte ich mich herzlich bedanken bei Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen. Ich weiß zu schätzen, dass Sie mich hier sehr freundlich behandelt haben. Mein Ziel ist es, dass das im Laufe meiner Amtszeit anhält. Ich werde mir Mühe geben, dass das so bleibt und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit.

Vorsitzender: Herzlichen Dank, lieber Herr Staatsminister. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich denke, dass man nach dieser Diskussionsrunde feststellen kann, es gibt einen Grundkonsens in diesem Ausschuss über die zentralen Fragen von Kultur und Medien, insbesondere, dass wir uns alle als Förderer von Kultur und Medien betrachten. In diesem Sinne freue ich mich als Ausschussvorsitzender, mit Ihnen gemeinsam und dem Ausschuss eine erfolgreiche Arbeit in dieser Legislaturperiode beginnen zu können. Ich möchte dem Herrn Staatsminister ausdrücklich dafür danken, dass er der

Bitte um Kürze - er ist ja in X-Punkten angesprochen worden – gefolgt ist, so dass wir uns noch halbwegs in unserem Zeitplan befinden. Auch dafür vielen Dank.

Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 1a:

Der Ausschuss beschließt zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Ausschussdrucksache 16(22)004 gegen die antragstellende Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP, bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE Ablehnung.

Der Ausschuss beschließt zum Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Ausschussdrucksache 16(22)005 gegen die antragstellende Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE Ablehnung.

Der Ausschuss beschließt zum Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Ausschussdrucksache 16(22)006 gegen die antragstellende Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE Ablehnung.

Der Vorsitzende zieht seinen Entwurf für eine Stellungnahme des Ausschusses für Kultur und Medien zum Entwurf eines Gesetzes zur Beschränkung der Verlustrechnung im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen auf Ausschussdrucksache 16(22)003 zurück.

Der Ausschuss beschließt auf Vorschlag der Fraktionen von CDU/CSU und SPD einstimmig eine Stellungnahme an den federführenden Finanzausschuss zum Entwurf eines Gesetzes zur Beschränkung der Verlustrechnung im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen auf Ausschussdrucksache 16(22)007.

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, BT-Drucksache 16/107, anzunehmen.

Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 1b:

Der Ausschuss empfiehlt, gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktionen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf BT-Drucksache 16/113 abzulehnen.

Ende der öffentlichen Beratung: 17.40 Uhr

Hans-Joachim Otto, MdB
Vorsitzender